



# „Unser tägliches Brot gib uns heute“

**Neue Weichenstellung für Agrarentwicklung und Welternährung -  
Kurzfassung der Studie der Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung**

**Herausgeber**

Brot für die Welt -  
Evangelischer Entwicklungsdienst  
Evangelisches Werk  
für Diakonie und Entwicklung e. V.

Caroline-Michaelis-Straße 1  
10115 Berlin

Telefon +49 30 65211 0  
info@brot-fuer-die-welt.de  
www.brot-fuer-die-welt.de

---

Evangelische Kirche in Deutschland  
(EKD)

Herrenhäuser Str. 12  
30419 Hannover

Telefon +49 511 2796 0  
info@ekd.de  
www.ekd.de

---

**Autor** Frank Kürschner-Pelkmann

**Redaktion** Klaus Burckhardt,  
Thilo Hoppe, Maike Lukow,  
Klaus Seitz

**V.i.S.d.P.** Klaus Seitz

**Fotos** ACDIC (S. 35), Helge Bendl  
(S. 5), Jörg Böhling (S. 8, S. 16/17,  
S. 26, S. 28), Karin Desmarowitz  
(S. 11), Gordon Grand/fotolia (S. 22),  
Christof Krackhardt (Titel, S. 18,  
S. 37), Anel Sancho Kenjekeeva (S. 13),  
Florian Kopp (S. 15, S. 24),  
Thomas Lohnes (S. 19, S. 25, S. 33),  
Dominic Menzler/BLE (S. 39, S. 42),  
Norbert Neetz/epd-bild (S. 32),  
Rainer Oettel/epd-bild (S. 21),  
Herby Sachs/ epd-bild (S. 23),  
Kirsten Schwanke-Adiang (S. 40),  
Frank Schultze (S. 9, S. 31),  
Carsten Stormer (S. 12)

**Layout** Büro Schroeder, Hannover

**Druck** Metzgerdruck GmbH,  
Obbrigheim

**Art. Nr.:** 129 502 210

---

**Spenden**

Brot für die Welt -  
Evangelischer Entwicklungsdienst  
IBAN DE10 1006 1006 0500 5005 00  
Bank für Kirche und Diakonie  
BIC GENODED1KDB

---

Berlin, Dezember 2015

# Inhalt

7



21



42

- 4 Vorwort
- 5 Einleitung
- 8 Herausforderungen für Agrarpolitik und Ernährungssicherung
- 21 Leitgedanken für nachhaltige Agrarpolitik und weltweite Ernährung
- 27 Handlungsfelder für Ernährungssicherung
- 34 Die Verantwortung der Akteure im Agrar- und Ernährungssektor
- 42 Verantwortung und konkretes Handeln der Kirchen
- 46 Literaturempfehlungen zur Vertiefung

*Hunger ist kein Schicksal, sondern das Produkt von Politik- und Marktversagen.*

# Vorwort

Als Christinnen und Christen glauben wir an den einen Gott, der alle Menschen als seine Kinder ansieht, für die er ein „Leben in Fülle“ will (Joh 10,10). Er leidet mit und in jedem Menschen, dem das tägliche Brot verweigert wird. Im Hungernden begegnet uns Jesus Christus selbst (Mt 25,35) und fordert uns zu Barmherzigkeit und Solidarität heraus.

Als Christinnen und Christen dürfen wir uns nicht mit dem Skandal abfinden, dass noch immer rund 800 Millionen Menschen bedrohlich chronisch unterernährt sind. Viele Experten und Expertinnen gehen davon aus, dass das Ausmaß des Hungers in der Welt noch weitaus größer ist. Zählt man diejenigen dazu, die zwar einigermaßen satt werden, aber sich armutsbedingt nicht ausreichend mit Mikronährstoffen wie Vitaminen und Mineralien versorgen können, dann haben wir es mit mehr als zwei Milliarden Fehl- und Mangelernährten zu tun.

Die Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung hat sich im Auftrag des Rates der EKD intensiv mit dem Welternährungsproblem beschäftigt und im Mai 2015 die Studie „Unser tägliches Brot gib uns heute - Neue Weichenstellung für Agrarentwicklung und Welternährung“ (EKD-Text 121) veröffentlicht. In der umfangreichen Schrift wird die Welternährungssituation gründlich analysiert. Dabei wird klar: Hunger ist kein Schicksal, sondern das Produkt von Politik- und Marktversagen. Er kann besiegt werden, wenn es in vielen Bereichen zu einem Umdenken und Umsteuern kommt.

Die Studie schließt mit Empfehlungen, die sich nicht nur an die Politik wenden, sondern auch aufzeigen, welche Beiträge die Wirtschaft, die Wissenschaft, die Zivilgesellschaft einschließlich der Kirchen und jede und jeder Einzelne zur Überwindung des Hungers leisten können.

Die Vorschläge reichen von Maßnahmen zur Eindämmung der Spekulation mit Nahrungsmitteln bis hin zur Wiedereinführung und Pflege des Tischgebets in kirchlichen Kindertagesstätten.

Die wichtigsten Aussagen und Empfehlungen dieser Studie aufgreifend, legen die EKD und Brot für die Welt nun diese Broschüre vor. Neben den Kernbotschaften der Studie finden sich darin anschauliche Beispiele aus der Projektarbeit von Brot für die Welt.

Seit seiner Gründung macht sich Brot für die Welt für das Menschenrecht auf Nahrung stark, leistet konkrete Hilfe zur Selbsthilfe in mittlerweile mehr als 90 Ländern und benennt auch die Ursachen von Hunger und Armut.

Die internationale Gemeinschaft hat sich in ihrer neuen Entwicklungsagenda vorgenommen, extreme Armut und Hunger bis 2030 ganz aus der Welt zu schaffen. Zur Erreichung dieses ehrgeizigen Ziels wollen die EKD und Brot für die Welt ihren Beitrag leisten und rufen auch die Kirchengemeinden sowie alle Christinnen und Christen auf, sich daran zu beteiligen.

Möge diese Broschüre dazu beitragen, anschaulich über die Ursachen des Hungers in der Welt zu informieren und Gemeinden und Menschen zu motivieren, sich mit Herz, Hand und Verstand für seine Überwindung einzusetzen.

**Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm**

Vorsitzender des Rates der EKD

**PfarrerIn Cornelia Füllkrug-Weitzel**

Präsidentin Brot für die Welt

# Einleitung

„Unser tägliches Brot gib uns heute“. Mit der vierten Bitte des Vaterunsers bringen wir unsere Sorge um das, was wir jeden Tag zum Leben brauchen, vor Gott. Der Zugang zu guter und ausreichender Nahrung ist die Voraussetzung dafür, ein aktives Leben führen und die eigenen Fähigkeiten entfalten zu können. Aber der Aufruf des Evangeliums, alle Menschen mögen der Sorge um das tägliche Brot entledigt sein, ist bis heute ebenso wenig eingelöst wie die menschenrechtliche Verpflichtung der Staaten, die Ernährungssicherung aller Menschen zu gewährleisten. Rund 800 Millionen Menschen leiden Hunger, obwohl global gesehen genügend Nahrungsmittel produziert werden, um alle Menschen zu ernähren. Das Recht auf Nahrung zählt zu den am häufigsten verletzten Menschenrechten. Die Ernährung der Menschheit zu sichern, ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit.

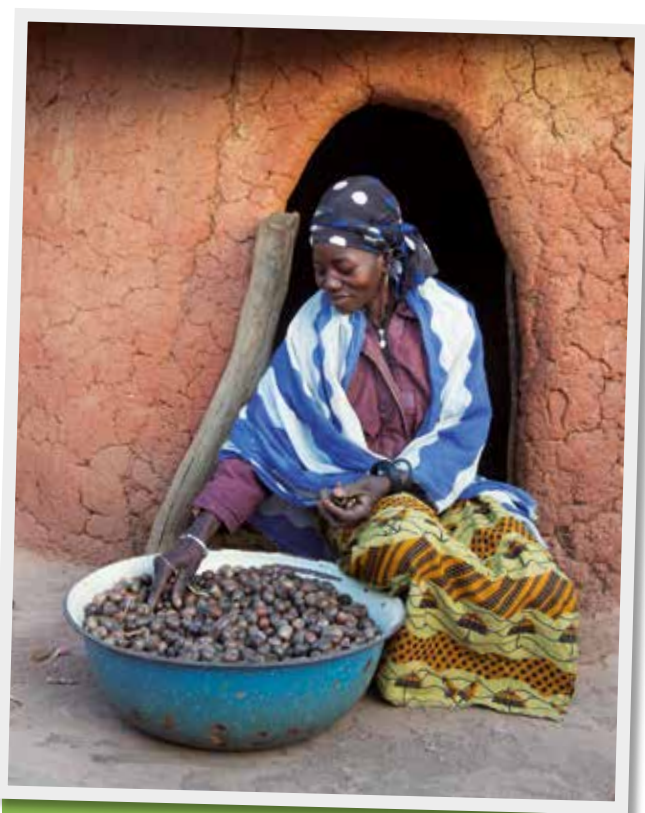
Christinnen und Christen aller Konfessionen haben sich schon in den 1950er Jahren gegen den Skandal des Welt Hungers empört und mit den Spendenaktionen Brot für die Welt und Misereor dazu aufgerufen, einen Beitrag zur Überwindung von Hunger und Armut sowie deren Ursachen zu leisten. Auch die erste Welternährungskonferenz 1974 in Rom fasste den Beschluss, alles dafür zu tun, den Hunger in der Welt zu beseitigen. Der damalige Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, Philip Potter, kommentierte das Versprechen von Rom so: „Alle Pläne und Empfehlungen dieser Welternährungskonferenz, die die in der Welt bestehenden Strukturen nicht im Wesen verändern, sind zum Scheitern verurteilt.“

„Business as usual is not an option“ – Mit diesem Weckruf hat der sogenannte Weltagrarrat 34 Jahre später die Fachwelt herausgefordert. Die umfassende Studie des Weltagrarrats IAASTD im Auftrag von Weltbank und Vereinten Nationen mahnte einen grundlegenden Wandel in der agrarwissenschaftlichen Forschung und der landwirtschaftlichen Praxis an. „Agriculture at a Crossroads“ lautete daher der Titel des Berichts – die Landwirtschaft steht am Scheideweg. Der angestrebte Paradigmenwechsel zielt vor allem ab auf den Vorrang für agrarökologische Produktionsverfahren mit möglichst niedrigem Bedarf an externen Ressourcen und Produktionsmitteln. Gestärkt werden müssen vor allem die kleinbäuerlichen Produzentinnen und Produzenten. Und schließlich muss eine zukunftsfähige Landwirtschaftspolitik der Multifunktionalität der Landwirtschaft Rech-

nung tragen, das heißt der Tatsache, dass die Landwirtschaft über die Produktion von Nahrungsmitteln hinaus noch andere vielfältige und unverzichtbare Aufgaben für die Gesellschaft erfüllt.

## Kirchliches Engagement für einen Kurswechsel in Landwirtschaft und Landwirtschaftspolitik

Die Evangelische Kirche in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder zu Fragen der landwirtschaftlichen Entwicklung und der Sicherung der Welternährung geäußert und sich für einen Kurswechsel in der Agrarpolitik und in den Strategien der Ernährungssicherung eingesetzt (siehe [www.ekd.de/EKD-Texte](http://www.ekd.de/EKD-Texte)).

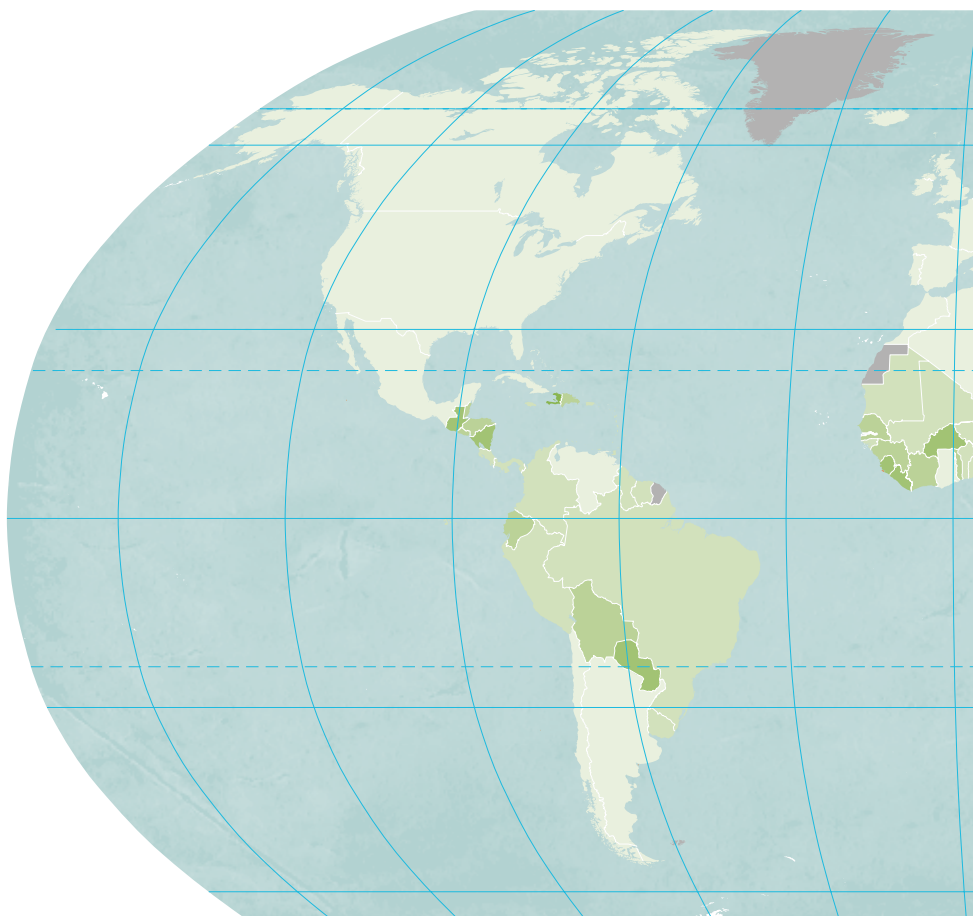
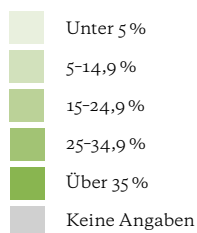


Um den Hunger in der Welt zu beseitigen, ist die Stärkung von Kleinbäuerinnen und -bauern unverzichtbar.

# Hunger

Jeder neunte Mensch geht abends hungrig zu Bett. Im östlichen Afrika ist der Anteil der Unterernährten an der Bevölkerung besonders hoch (siehe Karte 1). Doch nicht nur der Hunger ist ein massives Problem. Denn auch Menschen, denen aufgrund von Mangelernährung lebensnotwendige Mikronährstoffe fehlen, haben schlechte Entwicklungschancen. Gleiches gilt für Menschen mit Übergewicht oder Fettleibigkeit. Das Beispiel der Blutarmut bei Schwangeren (Anämie) verdeutlicht das Ausmaß dieses weltweiten Phänomens (Karte 2, S. 12). Selbst reiche Länder wie Deutschland oder die USA sind davon betroffen.

## Anteil der unterernährten Menschen an der Gesamtbevölkerung 2011-13



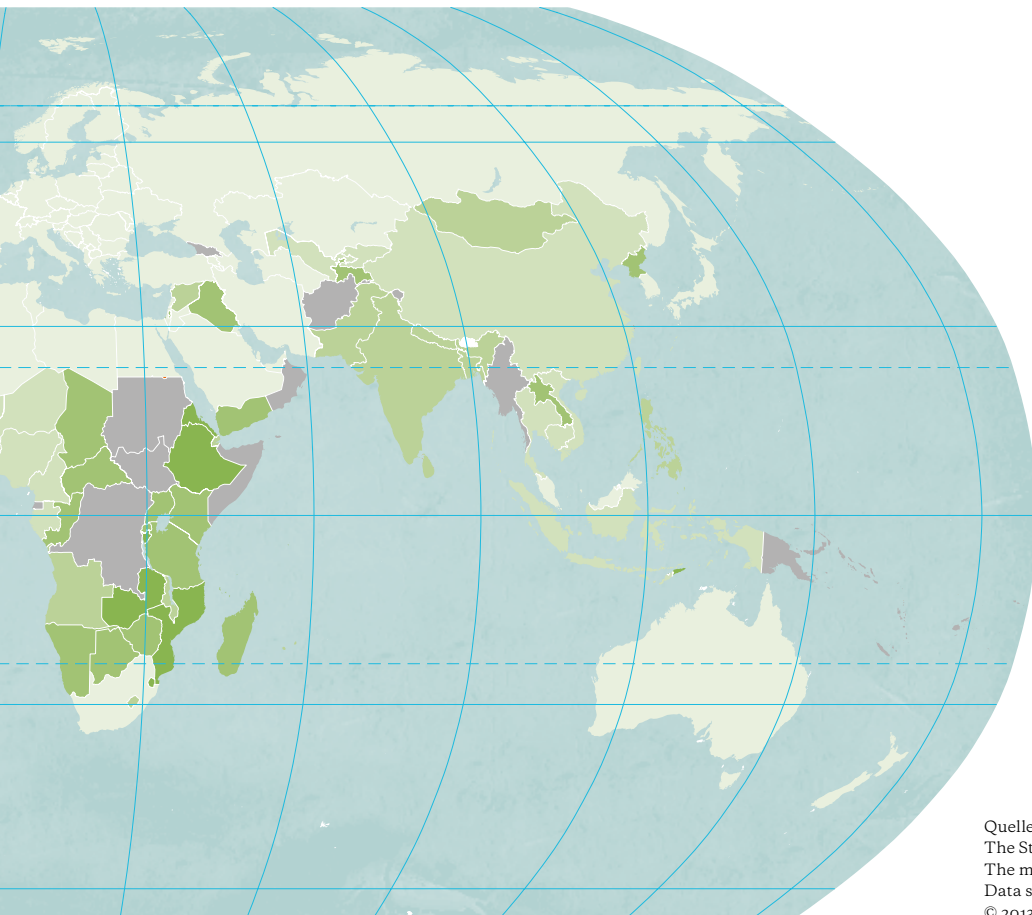
Die EKD-Denkschrift „Landwirtschaft im Spannungsfeld“ von 1984 diskutiert das Spannungsfeld zwischen Wachsen und Weichen, Ökologie und Ökonomie sowie Hunger und Überfluss und plädiert für eine sozial, generativ, ökologisch und international verträglich gestaltete Agrarpolitik. Die Studie „Ernährungssicherung und Nachhaltige Entwicklung“ der Kammer der EKD für Entwicklung und Umwelt aus dem Jahr 2000 betont die Notwendigkeit, die Landwirtschaft weltweit unter den Leitbildern der Nachhaltigkeit und der Regionalität zu stärken und Bäuerinnen und Bauern ein Auskommen auf ihrem Land zu sichern. Der gemeinsame Diskussionsbeitrag der Deutschen Bischofskonferenz und der EKD „Neuorientierung für eine nachhaltige Landwirtschaft“ von 2003 beschreibt die weltweite Krise der Landwirtschaft als Kernproblem sozialer Gerechtigkeit. Die wirksame Bekämpfung von Hunger und Armut sei nicht möglich ohne eine tiefgreifende Reform der weltweiten Agrarpolitik. Ethische Leitperspektive für eine zukunftsfähige Landwirtschaft ist das Prinzip der Nachhaltigkeit, zu dem sich die Kirchen aus christlicher Schöpfungsverantwortung verpflichtet haben.

Die Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung hat sich 2011 mit ihrer Stellungnahme zur Reform der

gemeinsamen Agrarpolitik dafür ausgesprochen, das Leitbild einer multifunktionalen, nachhaltigen Landwirtschaft zur Grundlage einer tiefgreifenden Reform zu machen. Es müsse einen Paradigmenwechsel hin zu einer Landwirtschaft geben, die nicht nur gesunde Lebensmittel produziert und Arbeitsplätze sowie Einkommen schafft. Es müsse auch darum gehen, eine zukunftsfähige Entwicklung der ländlichen Räume zu ermöglichen, die natürlichen Ressourcen zu schonen, zu Landschaftspflege und zum Klimaschutz beizutragen sowie die weltweite Ernährungssicherung und die Überwindung von Armut zu unterstützen.

## Eine Welt ohne Hunger ist keine Utopie

Die Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung knüpft mit ihrer Studie „Unser tägliches Brot gib uns heute“ an diese Erkenntnisse und Positionsbestimmungen an, aktualisiert aber die Situationsanalyse und die daraus folgenden Handlungsperspektiven. Auf der einen Seite wird ein gewachsener politischer Wille begrüßt, die Menschheit mit großer Entschlossenheit und einer gemeinsamen Kraftanstrengung in naher Zukunft vom Hunger zu befreien. Auf der anderen Seite wird aber kri-



Quelle: FAO, IFAD and WFP. 2013.  
 The State of Food Insecurity in the World 2013.  
 The multiple dimensions of food security. Rome, FAO.  
 Data source: [fao.org/economic/ess](http://fao.org/economic/ess)  
 © 2013 World Food Programme

tisch angemerkt, dass nach wie vor kein Konsens über die angemessenen Strategien herrscht.

Um die Ursachen des Hungers zu verstehen, ist es notwendig, die Zusammenhänge zwischen Ernährungs-, Klima-, Umwelt-, Finanz- und Governancefragen aufzeigen. Alle Programme zur Überwindung des Hungers, die auf eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität und kräftige Investitionen in die ländliche Entwicklung zielen, sind zum Scheitern verurteilt, wenn sie nicht zugleich die gesellschaftliche Teilhabe der marginalisierten kleinbäuerlichen Bevölkerungsgruppen stärken und die Verbesserung ihrer Lebenssituation in den Mittelpunkt rücken. Ebenso ist es notwendig, Bodenfruchtbarkeit und agrarische Ressourcen langfristig zu erhalten. Eine gewichtige Rolle kommt dabei der nationalen

Agrarpolitik, der internationalen Handelspolitik und dem Verhalten von Finanzmarktinvestoren zu.

Eine Welt ohne Hunger ist keine Utopie! Die 11. Synode der EKD hat im November 2013 in ihrer Kundgebung zum Thema „Es ist genug für alle da“ nachdrücklich an alle politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in Deutschland, Europa und der ganzen Welt appelliert, „die Zeichen der Zeit zu erkennen und alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die Ernährung der Weltbevölkerung zu sichern und den Hunger so schnell wie möglich, spätestens aber bis 2030 vollständig zu überwinden“.

**Hunger** beschreibt das subjektive Empfinden eines Menschen, wenn er zu wenig Kalorien zu sich nimmt. Ist der Mindestbedarf von 2.100 Kilokalorien über einen langen Zeitraum hinweg nicht gedeckt, kommt es zu Unterernährung. Konzentrations- und Leistungsfähigkeit gehen zurück. Hungernde werden schwach und apathisch. Das Immunsystem wird anfällig für Krankheiten.

# Herausforderungen für Agrarpolitik und Ernährungssicherung

## Genug Nahrungsmittel und trotzdem Hunger und Mangelernährung

Es gibt mehr als genug Nahrungsmittel für die über sieben Milliarden Menschen auf der Erde. Wenn trotzdem Menschen hungern, liegt das am ungleichen Zugang zu den Nahrungsmitteln, an Verschwendung, dem Verlust sowie der Verwendung der Nahrungsmittel für andere Zwecke als für die menschliche Ernährung. Vor allem aber fehlt vielen Armen ein hinreichendes Einkommen, um ausreichend Nahrungsmitteln zu kaufen. In ländlichen Gebieten vieler Entwicklungsländer ist Hunger weit verbreitet, weil eine große Zahl von Kleinbauernfamilien zu wenig Land und Ressourcen besitzt, um sich das ganze Jahr davon ernähren zu können.

Jeder neunte Mensch auf dieser Erde leidet ganz offensichtlich Hunger. Hinter dieser Zahl verbergen sich die

Not und das Elend vieler Millionen einzelner Menschen. Der ständige Überlebenskampf schädigt nicht nur den Körper, sondern auch die Psyche der Betroffenen. Doch nicht nur die Menge der Kalorien im Essen zählt, sondern auch, dass Ernährung gesund und ausgewogen ist. Mehr als zwei Milliarden Menschen auf der Welt fehlen wichtige Mikronährstoffe in ihrer Ernährung, also neben Proteinen, Fetten und Kohlenhydraten auch Vitamine, Spurenelemente, Ballast- und Mineralstoffe. Vom so genannten stillen Hunger ist jeder vierte Mensch betroffen. Unter- und Mangelernährung schwächen das Immunsystem und verursachen tödliche Krankheiten. Täglich sterben fast 24.000 Menschen an den Folgen von Mangel- und Unterernährung.

Besonders gefährlich ist die Mangel- und Unterernährung für Frauen zu Beginn einer Schwangerschaft und für Babys und Kleinkinder bis zum Alter von zwei Jah-

---

## Ohne Geschlechtergerechtigkeit kein erfolgreicher Kampf gegen den Hunger

Mindestens 60 Prozent der Hungernden auf der Welt sind weiblich, obwohl viele Frauen Nahrungsmittel produzieren und in den Entwicklungsländern einen bedeutenden Anteil der landwirtschaftlichen Arbeit leisten. Der gesellschaftlich verankerte niedrigere Sozial-, Bildungs- und Wirtschaftsstatus von Frauen resultiert in einer Benachteiligung, die sich auch auf ihre Ernährungs-

situation auswirkt. Hinzu kommt, dass Frauen in Krisen häufig zugunsten der anderen Familienmitglieder auf Nahrung verzichten. Generell setzen sie sich besonders für die Verbesserung der Ernährungs- und Lebenssituation ihrer Kinder ein. Frauen sind in vielen Fällen verantwortlich für die Ernährungssicherheit ihrer Familien. Die Ermächtigung von Frauen ist deshalb ein Schlüssel zur Hungerbekämpfung.



Wie diese Bäuerin in Angola tragen Frauen überall im Globalen Süden entscheidend zur Nahrungsmittelproduktion und damit zur Ernährungssicherheit bei.

Steigende Lebensmittelpreise beeinträchtigen von Frauen geführte arme Haushalte am stärksten. Auch trifft es Frauen hart, dass der Klimawandel die Nahrungsmittelproduktion sowie die Verfügbarkeit anderer lebenswichtiger Ressourcen wie Wasser und Feuerholz reduziert. Für die Beschaffung dieser Güter sind auf dem Lande in der Regel die Frauen verantwortlich. Trockenheit oder Überschwemmungen gefährden die Produktion und erfordern den Kauf von teuren Lebensmitteln. In der Projektarbeit von Brot für die Welt gibt es zahlreiche Beispiele dafür, dass sich Frauen diesen Herausforderungen stellen und sie meistern. Ein zentrales Ziel besteht darin, Frauen auf allen Ebenen in politische Planungen und Entscheidungen einzubeziehen.





Welchen Preis dieser Bauer in Bangladesch für seinen Reis bekommt, wird immer stärker von Spekulanten an den Warenterminbörsen beeinflusst.

ren. Die bei diesen Kleinkindern ausgelösten Gesundheitsschäden sind im späteren Leben kaum noch revidierbar. Ihr Wachstum wird gebremst, ihre geistigen Fähigkeiten werden unzulänglich ausgebildet und ihre Widerstandskraft und Leistungsfähigkeit sind stark eingeschränkt. In Afrika soll jedes zweite Kind durch „versteckten Hunger“ geschwächt sein.

### **Die unverzichtbare Förderung von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen**

Ungefähr 80 Prozent der Hungernden auf der Welt leben in ländlichen Räumen. Betroffen sind vor allem Kleinbauern- und Landarbeiterfamilien sowie Sammler und -innen und Hirten. Für Landwirte in Entwicklungsländern sind die zumeist ungesicherten Landrechte ein großes Problem. Nur wenn sie Eigentümer ihres Landes mit langfristig abgesicherten Landrechten sind, lohnt es sich zu investieren. Das gilt besonders für Investitionsvorhaben, die sich erst nach Jahren auszahlen wie die Bodenverbesserung, die Bewässerung der Felder oder das Pflanzen von Hecken und Bäumen.

Bedroht sind zunehmend auch die überlebenswichtigen traditionellen, kommunalen Nutzungsrechte. Beispiele dafür sind gemeinsame Weide-, Fisch- und Jagdgründe sowie das Recht, Früchte und Feuerholz des Waldes zu sammeln und Materialien für den Hüttenbau zu entnehmen. Diese traditionellen Rechte werden oft nicht respektiert und geschützt. Landenteignungen, Vertreibungen und Umsiedlungen gehören zu den größten Menschenrechtsverletzungen an Kleinbauernfamilien,

Fischern, Hirten und Indigenen. Die Gemeinschaftsgüter müssen vor einer Privatisierung und zugleich vor einer Übernutzung geschützt werden.

### **Produktionssteigerung allein genügt nicht**

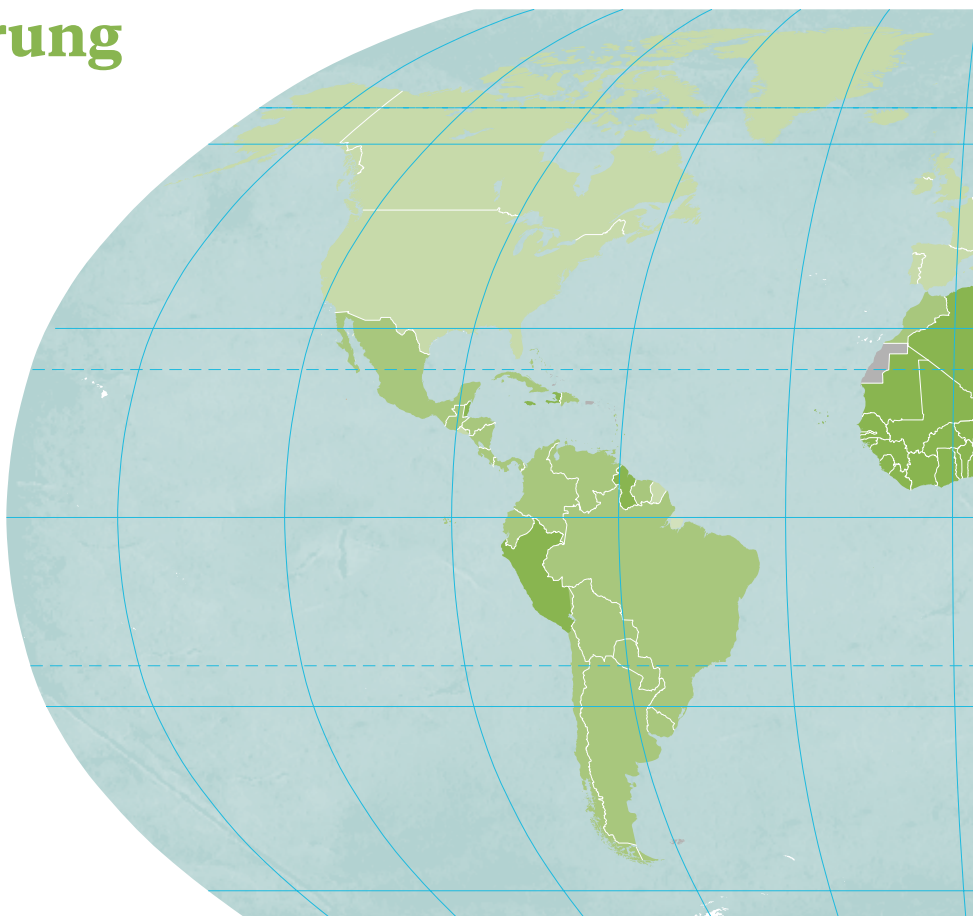
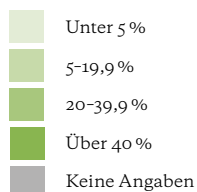
Im Jahre 2000 haben sich die Staats- und Regierungschefs der Welt bei einem UN-Gipfeltreffen in New York auf eine Reihe von Millenniums-Entwicklungszielen (MDGs) geeinigt, die bis 2015 erreicht werden sollen. Eines der Ziele ist die Halbierung des Anteils der Hungernden an der Bevölkerung in den Entwicklungsländern. Die Zahl der Hungernden hat nach Angaben der Welternährungsorganisation FAO zwischen 1990 und 2015 um 216 Millionen abgenommen, der Anteil der unterernährten Menschen an der Bevölkerung ist von 23,3 Prozent auf 12,9 Prozent zurückgegangen. Das Ziel, den Anteil der Hungernden bis 2015 zu halbieren, wurde demnach nur knapp verfehlt. Die Mehrheit der Hungernden lebt in Entwicklungs- und Schwellenländern, 511 Millionen davon in Asien, 232 Millionen in Afrika. Der Anteil der Hungernden an der Bevölkerung ist in Afrika mit 20 Prozent am höchsten. Die Zahl der Hungernden ist dort auch seit 1990 weiter gestiegen. In Afrika südlich der Sahara leidet jeder vierte Mensch an Unterernährung. Auch andere Länder im Süden der Welt werden das Entwicklungsziel verfehlen. Einige Länder haben zwar den Anteil der Hungernden an ihrer Bevölkerungsgebiet halbieren können, doch dies gilt nicht für vernachlässigte Landesteile und für besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen.

# Mangelernährung

Anämie oder Blutarmut führt zu Erschöpfung. Sie reduziert die Leistungsfähigkeit, da nicht genug Sauerstoff durch den Körper transportiert wird. Ursache ist meist ein Mangel an Eisen, Vitamin B<sub>12</sub> oder Folsäure. Durch ihre Menstruation sind Frauen besonders von Blutarmut bedroht. Außerdem sind sie während der Schwangerschaft häufig von Blutarmut betroffen, mit negativen Folgen für sich selbst und das Ungeborene.

In Asien leiden mehr als die Hälfte der Frauen im reproduktiven Alter unter Blutarmut. In Afrika sind es bis zu 60 Prozent. Weltweit sind rund 500 Millionen Frauen und 250 Kinder betroffen.

## Anteil der an Anämie leidenden Schwangeren, 1993-2005



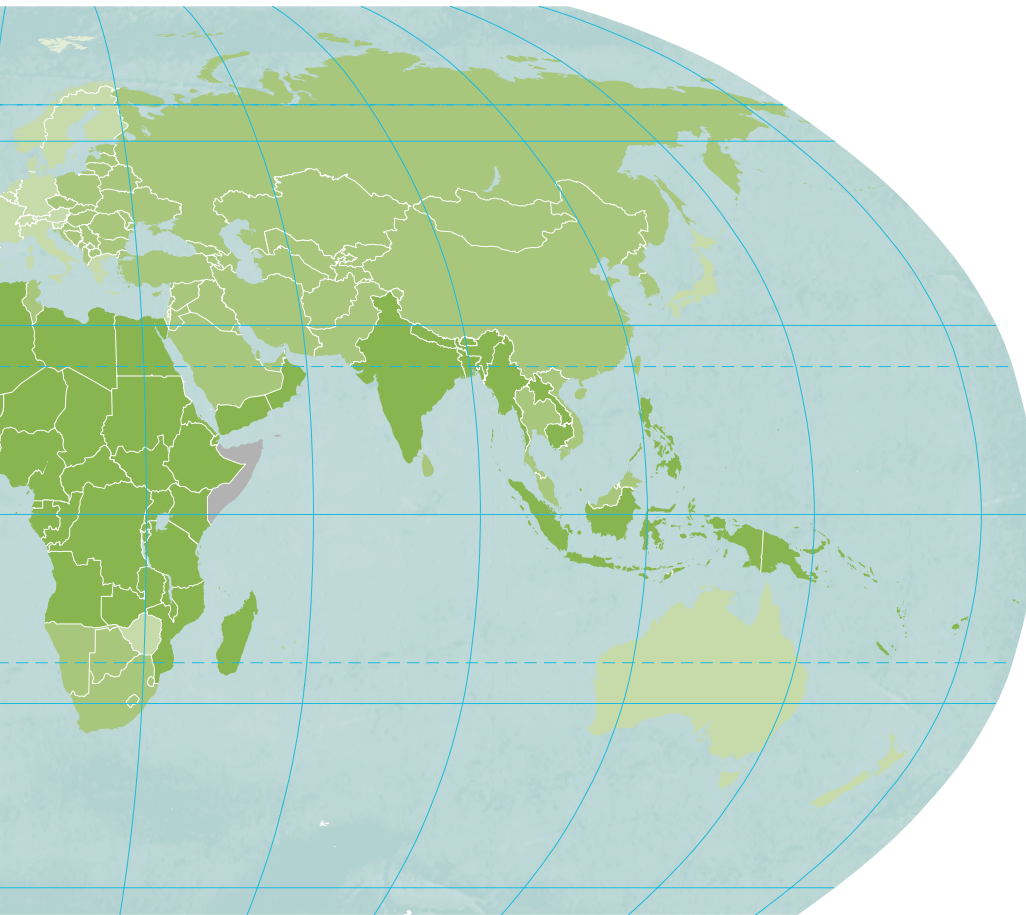
Um die voraussichtliche Nachfrage einer Weltbevölkerung von 9,6 Milliarden Menschen im Jahre 2050 zu decken, muss laut Welternährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO die landwirtschaftliche Produktion um 70 Prozent steigen. Dieser Zuwachs müsste größtenteils in den Entwicklungsländern selbst erzielt werden. Diese Berechnungen sind allerdings umstritten, weil sie auf der Fortschreibung gegenwärtiger Nachfragetrends in der Zukunft beruhen, insbesondere einen steigenden Fleischkonsum. Breite Zustimmung findet die FAO hingegen mit der Feststellung, dass eine Produktionssteigerung allein nicht genügt, um eine Ernährungssicherung für alle Menschen bis 2050 zu erreichen. Regierungen müssten in erster Linie dafür sorgen, dass die Armen und Bedürftigen einen Zugang zu ausreichender Ernährung und zu den Möglichkeiten, ihre Ernährung selbst sicherstellen zu können, erhalten.

Sollten sich die Prognosen der FAO als zutreffend erweisen, werden im Jahr 2050 noch immer 370 Millionen Menschen unterernährt sein. Diese deprimierend hohe Zahl zeigt eindrücklich die Notwendigkeit tief greifender Veränderungen in der Landwirtschaftspolitik und -förderung. Ebenso sind Änderungen der Ernährungsgewohnheiten unverzichtbar. Andernfalls wird der Ver-

zehr von kalorienreicher Nahrung – besonders von Fetten und Zucker – stetig zunehmen, während gleichzeitig der Konsum von Mikronährstoffen abnimmt. Neben dem Hunger wird die Menschheit dann noch stärker als heute mit Zivilisationskrankheiten wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes und Fettleibigkeit sowie einer erhöhten Anfälligkeit für Infektionen zu kämpfen haben.

## Die Folgen der Finanzkrise gefährden die Ernährung der Armen

Die Preise an den Warenterminmärkten für Nahrungsmittel zogen im Jahr 2007/2008 in dem Moment an, als durch die US-Immobilienkrise das Vertrauen in die Aktienmärkte und Immobilienfonds erodierte. In dieser Zeit wurden riesige Finanzvolumen umgeschichtet und dringend neue Anlagemöglichkeiten gesucht. Viel Kapital floss daraufhin in die Spekulationen an Warenterminmärkten. Dieser Trend hat sich noch verstärkt, seit die Zinsen besonders niedrig sind. Zwar sind Warenterminhandel und Spekulation nicht an sich bereits verwerflich. Aber wenn die spekulative Beeinflussung von Preisen exzessiv wird, widerspricht dies den Interessen der Pro-



**Mangelernährung** tritt auf, wenn der Kalorienbedarf zwar gedeckt ist, aber lebensnotwendige Mikronährstoffe wie Vitamin A, Jod oder Eisen fehlen. Die Folge sind ebenfalls psychische und physische Defizite. Die Organe und Abläufe des Körpers funktionieren nicht mehr einwandfrei. Ein Defizit an Vitamin A kann zu Blindheit führen. Jod ist wichtig für den Aufbau lebensnotwendiger Schilddrüsenhormone. Dauerhafter Eisenmangel verursacht Blutarmut (Anämie).

Unter **Nährstoffmangel** leiden besonders häufig Frauen, chronisch Kranke, aber auch Übergewichtige. Sie essen zwar viel, aber nicht das Richtige.

Quelle: de Benoist B et al., eds. Worldwide prevalence of anaemia 1993-2005. WHO Global Database on Anaemia. Geneva, World Health Organization, 2008  
© WHO 2006 All rights reserved

duzenten und Konsumenten der Agrarrohstoffe und gefährdet die Ernährungssicherung.

An den sogenannten Spot-Märkten, an denen Agrargüter physisch direkt ge- und verkauft werden, hängt der Preis in der Regel von der sofortigen Verfügbarkeit der gehandelten Rohstoffe ab. Wettereinflüsse oder Ernteaufschläge sind zwei der Faktoren, die an diesen Märkten den Preis eines Rohstoffs beeinflussen. Um sich gegen Preisschwankungen an den Rohstoffmärkten abzusichern, entstanden seit dem 19. Jahrhundert Warenterminbörsen. Der Verkäufer garantiert die Lieferung eines Gutes zu einem späteren Termin, aber zu einem am Tag des Vertragsschlusses festgelegten Kurs. Das bringt sowohl dem Verkäufer als auch dem Käufer mehr Sicherheit über künftige Preise. Mittlerweile wird aber in großem Stil mit Rohstoffen spekuliert, ohne sie physisch kaufen und verkaufen zu wollen. Bei solchen Termingeschäften wird am Fälligkeitstag nur noch der Differenzbetrag zwischen tatsächlichem Marktpreis und vereinbartem Kaufpreis überwiesen. Etwa 95 Prozent aller Warentermingeschäfte werden heute abgewickelt, ohne dass eine Ware tatsächlich physisch geliefert wird.



Kleinbauernfamilien sind häufig von Hunger bedroht, weil sie nicht über genügend Land und Kapital verfügen und ihnen das nötige landwirtschaftliche Wissen fehlt. Diese Bäuerin in Ruanda hat von der Beratung und Unterstützung einer landwirtschaftlichen Genossenschaft profitiert.



Inselstaaten wie Kiribati im Südpazifik leiden immer stärker unter den Folgen des Klimawandels, obwohl sie selbst kaum zur globalen Erwärmung beitragen.

Bestehende Preistrends können durch Spekulation verstärkt werden, denn es geht den Spekulanten nicht um eine Absicherung realer Produkte gegen Preisschwankungen, sondern um das Ausnutzen der Preisschwankungen, um Geld zu verdienen. Eine solche künstliche Verstärkung der Preisschwankungen schadet den Landwirten, die wegen ihrer langen Produktionszyklen stabile Rahmenbedingungen und Planungssicherheit brauchen. Die Spekulation wirkt sich selbst auf landwirtschaftliche Güter aus, die gar nicht an den internationalen Börsen gehandelt werden. In den afrikanischen Staaten Kamerun, Ghana und Kongo veranlasste ein starker Anstieg importierter Agrargüter während der letzten Welternährungskrise 2007/2008 viele Konsumenten dazu, vermehrt preiswertere einheimische Nahrungsmittel wie Sorghum und Hirse zu kaufen. Deren Preise stiegen daraufhin ebenfalls. Die einheimischen landwirtschaftlichen Betriebe investierten nun verstärkt in Land für den Anbau dieser Güter und nahmen dafür Kredite auf. Aber ein Jahr später waren die Preise an den Weltagarmärkten und anschließend auch für die lokalen Anbauprodukte drastisch gefallen, und die Bauern konnten die Kredite nicht zurückzahlen.

### Landwirtschaft und Ernährung in Zeiten der Klimakrise

Die Zukunft der Welternährung hängt ganz wesentlich davon ab, ob es gelingen wird, den menschengemachten

Klimawandel einzudämmen. Doch wenn wir so weitermachen wie bisher, wird die Welt bis zum Ende dieses Jahrhunderts vier Grad wärmer sein. Die Konsequenzen für die Welternährung wären verheerend. Neben einem dramatischen Biodiversitätsverlust und dem Kollabieren von Ökosystemen drohen bei vielen Kulturpflanzen drastische Ertragseinbrüche durch Hitzestress. Auch würden sich Niederschlag und Verdunstung zeitlich und räumlich stark verändern. Extremwetterereignisse wie Dürren, Überflutungen und Stürme würden an Häufigkeit und Intensität deutlich zunehmen. Als Folge von alledem drohen eine Zunahme von Verteilungskonflikten, gewaltsamen Auseinandersetzungen um knappe Ressourcen und vermutlich eine dramatische Zunahme von Migration und Flucht. Ein ungebremster Klimawandel bedroht das Menschenrecht auf Leben.

Die Landwirtschaft wird durch den Klimawandel in vielfältiger Weise beeinträchtigt. Eindeutige Verlierer des Klimawandels sind die tropischen und subtropischen Regionen der Welt. Vor allem arme Menschen auf dem Lande zählen schon heute zu den Leidtragenden. Sie leben häufig in und von der Natur und haben aufgrund ihrer Armut nur begrenzte Anpassungsmöglichkeiten an klimabedingte Veränderungen. Doch die Landwirtschaft ist selbst nicht nur massiv von den Folgen des Klimawandels betroffen, sondern trägt ihrerseits durch klimaschädliche Emissionen erheblich zur globalen Erwärmung bei. Im globalen Mittel entfallen 10 bis 15 Prozent dieser Emissionen direkt auf die Landwirtschaft. Rech-

net man die Emissionen aus Landnutzungsänderungen und Entwaldung hinzu, steigt der Anteil auf knapp über 30 Prozent.

Klimawissenschaftler und -innen, die im Weltklimarat IPCC zusammenarbeiten, sind sich einig, dass der globale Klimaanstieg auf zwei Grad Celsius begrenzt werden muss. Die Landwirtschaft kann einen wesentlichen Beitrag zur Verminderung von Treibhausgasemissionen leisten. Voraussetzung dafür ist eine Transformation von energieintensiven und durch Monokulturen geprägten Landwirtschaftsmodellen hin zu ökologischen Produktionsformen, die die biologische Vielfalt schützen und bewahren. Biologischer Landbau mit reduzierter Bodenbearbeitung und dem weitgehenden Verzicht auf Agrarchemie erhöht die Bodenfruchtbarkeit und die natürliche CO<sub>2</sub>-Speicherungsfähigkeit der Böden. Auch bei Düngung, Bewässerung und Tierhaltung kann viel zur Reduktion klimarelevanter Emissionen getan werden. Demgegenüber müssen klimaschädliche Veränderungen wie Grünlandumbruch, Entwässerung von Mooren oder das Abholzen von Wäldern verhindert werden. Neben der Minderung von Emissionen, für die die Landwirtschaft verantwortlich ist, kommt es in Zukunft aber vor allem darauf an, die ärmeren Länder bei der Anpassung ihrer Landwirtschaft an die Folgen des Klimawandels, die bereits nicht mehr vermeidbar sind, zu unterstützen.

Die Industrieländer sind historisch die Hauptverursacher des globalen Klimawandels und tragen eine besondere Verantwortung dafür, ihre klimaschädlichen Emissio-

nen rasch drastisch zu vermindern sowie Technologien und Finanzmittel für Klimaschutz und Klimaanpassung in Entwicklungsländern bereitzustellen. Da aber inzwischen über die Hälfte der globalen klimaschädlichen Emissionen auf Nicht-Industrieländer entfallen, stehen auch andere Staaten in der Pflicht, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, vor allem Schwellenländer wie Brasilien und China. Als Maßstab der Klimapolitik kann der Grundsatz dienen, dass alle heute lebenden Menschen sowie künftige Generationen das gleiche Anrecht auf Zugang zu nachhaltiger Entwicklung besitzen.

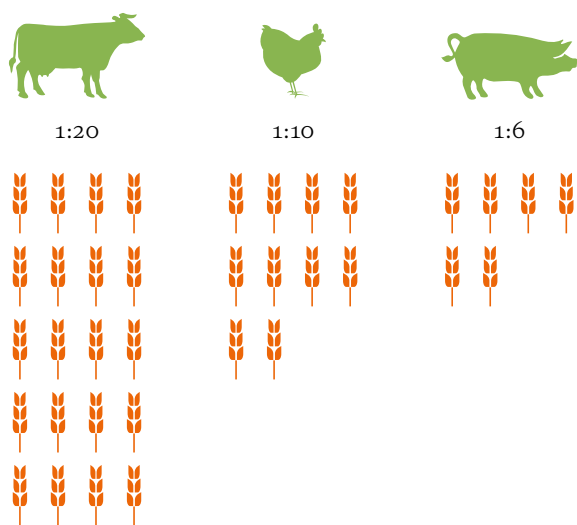
### Wirtschaftswachstum kann Ernährungsprobleme verschärfen

Die Ökonomie ist weltweit einem rein quantitativ definierten Wachstumszwang unterworfen, der auch die Land- und Ernährungswirtschaft bestimmt. Es zeichnet sich aber immer deutlicher ab, dass weiteres Wachstum nicht notwendigerweise zur Lösung der Ernährungskrise beitragen wird, sondern auch Teil des Problems ist. Die intensiven Wachstumsgewinne in der Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten gingen einher mit einer hohen Nutzungsintensität natürlicher Ressourcen. So ist in vielen Ländern das Potenzial der Bewässerungslandwirtschaft inzwischen ausgeschöpft. Gleichzeitig sind vielerorts Bodendegradierungen bis hin zum Totalverlust als Nutzfläche und Bodenversalzen die Folge einer zu intensiven Nutzung landwirtschaftlicher Flächen.



Wie hier in Mexiko führen in vielen Ländern nicht nachhaltige Formen der Landwirtschaft sowie die Abholzung von Wäldern zur Bodenerosion und damit zur Zerstörung der natürlichen Fruchtbarkeit großer Landflächen.

### Veredelungsverluste bei der Fleischproduktion



Aufgrund des rapiden Wachstums der Weltbevölkerung sowie der Veränderung der Ernährungsstile in Schwellen- und Entwicklungsländern ist mit einer weiteren Steigerung der Nachfrage nach Nahrung und Agrarrohstoffen zu rechnen. Dies vollzieht sich in einer Welt, deren produktive Ressourcen für eine weitere Steigerung der agrarischen Erzeugung beschränkt sind: Land, Wasser, Energie, Chemikalien, Phosphate und genetische Ressourcen (biologische Vielfalt). Es wird darauf ankommen, die vorhandenen natürlichen Ressourcen

und landwirtschaftlichen Nutzflächen nachhaltiger zu bewirtschaften und gleichzeitig die Erträge von Standorten zu erhöhen, die nicht intensivlandwirtschaftlich genutzt werden können. Das Nachhaltigkeitsparadigma setzt gleichzeitig einen Akzent auf die Begrenzung der Ansprüche, eine Einschränkung der Vergeudung sowie Effizienzsteigerung. Es gilt, den ökologischen Fußabdruck der landwirtschaftlichen Produktion und ebenso des Nahrungskonsums zu reduzieren.

### Weniger Fleischkonsum nützt der Welternährung

Da immer mehr Menschen verstärkt tierische Lebensmittel konsumieren, wird ohne eine Trendwende die globale Menge an Nahrungsmitteln nicht mehr ausreichen. Werden pflanzliche Nahrungsmittel als Futtermittel eingesetzt, gehen 65 bis 90 Prozent der Nahrungsenergie und des Proteins bei der Umwandlung zu tierischen Produkten verloren (auf der Website [www.fussabdruck.de](http://www.fussabdruck.de) kann man selbst testen, in welchem Maße der Konsum tierischer Produkte den eigenen ökologischen Fußabdruck erhöht). Zur Erzeugung einer Kalorie aus Rindfleisch müssen etwa 20 pflanzliche Kalorien aufgewendet werden. Für Hühnerfleisch liegt das Verhältnis bei 1:10. Würden hingegen alle geernteten pflanzlichen Nahrungsmittel direkt der menschlichen Ernährung zugeführt werden, reichte die heutige Welternte aus, um jede Person auf der Welt mit 4.600 Kcal/Tag zu versorgen. Das ist weit mehr, als die meisten Menschen für eine gesunde Ernährung täglich brauchen.

## Der Weltagrarbericht zeigt Wege aus Unterernährung und Armut auf

Der Weltagrarbericht (International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development, IAASTD) wurde 2002 ins Leben gerufen, um eine Verminderung von weltweiter Unterernährung und Armut einzuleiten. Er hat 2008 den Weltagrarbericht mit dem Titel „Landwirtschaft am Scheideweg“ veröffentlicht. Darin wird anerkannt, dass der wissenschaftliche und technologische Fortschritt in den letzten Jahrzehnten bedeutende Ertragssteigerungen im Pflanzenbau und große Leistungssteigerungen in der Tierhaltung ermöglicht hat. Allerdings wurden die negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen dieser Entwicklung viel zu wenig beachtet.

Deshalb werden in dem Bericht eine Ausdehnung der agroökologischen Landwirtschaft, die gezielte Förderung von ressourcenarmen Kleinbauern, Investitionen in den Erhalt genetischer Ressourcen und eine breit angelegte

landwirtschaftliche Bildungs- und Ausbildungsinitiative gefordert. Als wichtiger Erfolgsfaktor erscheint die Stärkung der Rechte und Befähigungen von Frauen in der Landwirtschaft in Entwicklungsländern. Dagegen werden die Grüne Gentechnik, der Einsatz von Agrochemie, die Privatisierung von Agrarwissen und die Erteilung von geistigen Eigentumsrechten an Saatgut kritisch hinterfragt. Auch habe der bisherige Ansatz des Technologietransfers in Afrika versagt. Die dortigen agroökologischen, soziokulturellen und ökonomischen Bedingungen seien zu heterogen und spezifisch, um einfach globale Technologien übernehmen zu können. Nötig sind vor allem die gleichrangige Partizipation der Kleinbauern und Kleinbäuerinnen bei der Erlangung von Wissen für die lokale Landwirtschaft und ebenso das kooperative Zusammenspiel der verschiedenen Wissensträger auf lokaler Ebene.



Die argentinische Provinz Chaco ist einer der artenreichsten Lebensräume der Erde. Doch Vertreter des Agrobusiness roden hier mit schweren Maschinen und gezielt gelegten Bränden den Wald und schaffen so Platz für Monokulturen wie Soja und Zuckerrohr, die dann zum größten Teil exportiert werden.

### **Nachhaltigkeit: Mehr als ein Schlagwort**

Die Konkurrenz zwischen Futtermittel- und Nahrungsmittelanbau lässt sich wesentlich durch die bessere Integration von Wiederkäuern in das betriebliche Gesamtsystem, durch Zwischenfrucht- und Leguminosenanbau sowie den Erhalt des Grünlandes reduzieren. Landwirtschaftliche Betriebe mit einer Vielfalt an Anbauprodukten und Viehzucht sind gleichzeitig sehr viel widerstandsfähiger gegenüber den Folgen des Klimawandels als jene Betriebe, die auf Monokulturen setzen.

Zu den Schlüsselementen einer nachhaltigen Landwirtschaft gehören ressourcenschonende Praktiken wie integrierter Pflanzenschutz, integriertes Nährstoffmanagement, konservierende Bodenbearbeitung, vielfältige Fruchtfolgen, Mulchen und Bodenbedeckung.

Seit einiger Zeit wird unter dem Begriff einer „nachhaltigen Intensivierung“ ein neues Leitbild propagiert, das eine wachstumsorientierte Landwirtschaft mit ökolo-

gischen Anforderungen versöhnen will. Es sollen gleichermaßen die weltweite Nahrungsmittelsicherheit und die Erhaltung agrarischer Ökosysteme erreicht werden. Kern dieses Leitbildes ist es, die Produktion von agrarischen Rohstoffen weltweit zu steigern und dabei die Emissionen je Produkteinheit zu senken. Auch der wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik beim Bundeslandwirtschaftsministerium hat sich positiv zu diesem Leitbild geäußert.

Die Empfehlungen des Weltagrarreports gehen allerdings weit über das hinaus, was in der wachstumsorientierten Landwirtschaft unter „nachhaltiger Intensivierung“ verstanden wird. Sie gewichten den Umwelt- und Naturschutz stärker und betonen vor allem auch die soziale Dimension der Landwirtschaft, die im Konzept der „nachhaltigen Intensivierung“ nicht hinreichend berücksichtigt wird. Außerdem basieren die Konzepte der „nachhaltigen Intensivierung“ auf den Einsatz von Hochtechnologie sowie modernsten Messungs- und Steu-

„Marmelade für Alle!“ ist eine Kampagne der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej) in Kooperation mit dem VCP und Brot für die Welt. Ziel der Kampagne ist es, aus Früchten, die in der Umgebung wachsen und ansonsten keine Verwendung finden, leckere Marmelade zu kochen.  
[www.marmelade-fuer-alle.de](http://www.marmelade-fuer-alle.de)

erungsmaßnahmen, die so in der Regel nur in großen, hochentwickelten Produktionssystemen realisierbar sind.

Für viele bäuerliche Familienbetriebe in den Entwicklungsländern sind diese externen Inputs nicht verfügbar oder wären mit hohen Risiken (zum Beispiel Verschuldung) verbunden. Hier sollte die Beratung eher auf die Qualifizierung von traditionellen Praktiken setzen und sie in ihrer Ganzheit optimieren. Sie sollten lernen, wie üblicherweise die Bodenfruchtbarkeit aufgebaut und bewahrt wird oder welche Vielfaltsmethoden geeignet sind, um die Widerstandskraft der Pflanzengemeinschaften gegen Krankheiten und Schädlinge zu stärken.

### Zu viele Lebensmittel gehen durch Vergeudung und Verschwendung verloren

Die globalen Verluste und die Vergeudung von landwirtschaftlichen Gütern nach der Ernte sind enorm. Die Haupternteverluste entstehen in Entwicklungsländern



Rund eine Milliarde Menschen weltweit haben keinen Zugang zu sauberem Wasser. Brot für die Welt fördert Projekte, in denen die Wasserversorgung vor allem im ländlichen Raum verbessert wird.

durch unzureichende Lagerhaltungsmöglichkeiten, durch Verderb aufgrund fehlender Verwertungs- oder Vermarktungsmöglichkeiten sowie durch Verluste bei Transport und Verarbeitung. In den Industrieländern erfolgt die Hauptverschwendung in den Supermärkten und privaten Haushalten, weil die Verbraucher zu viel einkaufen, wegwerfen oder verderben lassen. Mit relativ einfachen Maßnahmen ließen sich rund 50 Prozent der Verluste in der Produktions- und Verbrauchskette beseitigen.

### Die Ressourcenkrise spitzt sich zu

37 Prozent der Landfläche der Erde werden landwirtschaftlich genutzt, davon 1,5 Milliarden Hektar für Ackerbau und 3,5 Milliarden Hektar als permanentes Grünland für die Tierhaltung. Jede Ausweitung der landwirtschaftlich genutzten Flächen geht zulasten von Ökosystemen, deren Erhalt dringend geboten ist. Durch Rodung immer neues Ackerland zu gewinnen, ist aus Klima- und Naturschutzgründen keine wirkliche Option. Auch die Erhöhung der Ertragsfähigkeit von vorhandener Acker- und Weidefläche hat ökonomische und ökologische Kosten und Grenzen.

Böden sind komplexe Systeme, die sich unter dem Einfluss von Witterung, Bodenorganismen, Vegetation und vor allem menschlicher Nutzung verändern. Laut UN-Umweltprogramm UNEP gehen jährlich zwischen 20.000 und 50.000 km<sup>2</sup> Landfläche für eine menschliche Nutzung hauptsächlich durch Bodenerosion verloren. Etwa ein Viertel der globalen Landfläche ist von Degradation, also Fruchtbarkeitsverlusten, betroffen. Die Veränderungen reichen von sinkenden Ernteerträgen bis hin zur unumkehrbaren Zerstörung. Ein besonders großes Problem ist die fortschreitende Wüstenbildung (Desertifikation). Die wachsende Weltbevölkerung und das Wirtschaftswachstum erzeugen zudem einen steigenden Bedarf an Siedlungs-, Gewerbe- und Verkehrsflächen. Häufig geht bei dieser Expansion hochwertiges Ackerland unwiederbringlich verloren.

### Wasser wird immer knapper

Beunruhigend ist, dass sich die Gesamtnutzung von Süßwasser im letzten Jahrhundert nahezu verachtfacht hat. Gegenwärtig werden bereits über 40 Prozent der erneuerbaren, zugänglichen Wasserressourcen vom Menschen genutzt oder reguliert. Trotzdem hat etwa eine Milliarde Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Rund 2,6 Milliarden Menschen fehlt der Zugang zu einer sanitären Grundversorgung.



---

## Der „unsichtbare“ Wasserverbrauch

Der globale „virtuelle Wasserverbrauch“ nimmt stark zu. Als virtuellen Wasserverbrauch bezeichnet man die gesamte Wassermenge, die für die Herstellung eines Produktes entlang der Produktions- und Lieferkette verwendet wird. Unter den Nahrungsmitteln benötigt Rindfleisch mit etwa 16.000 Litern pro Kilo am meisten Wasser, Weizen hingegen lediglich 1.100 Liter pro Kilo. Etwa die Hälfte des landwirtschaftlichen Wasserverbrauchs in Deutschland steckt in importierten Gütern. Insbesondere unser Verbrauch an tropischen Produkten entscheidet mit darüber, was für die Grundnahrungsmittelerzeugung

der Armen übrig bleibt, nachdem der Wasserverbrauch der Plantagen für exotische Früchte, Schnittblumen, Energiepflanzen oder Futtermittel für den Export gesichert ist. Zwar wurden wassersparende Verfahren zur Bewässerung entwickelt, die in den entwickelten Ländern schon großflächig eingesetzt werden, aber sie sind für viele Bauernfamilien in Entwicklungsländern unerschwinglich (vgl. [http://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2\\_Downloads/Fachinformationen/Analyse/analyse-49\\_wasserreport.pdf](http://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Analyse/analyse-49_wasserreport.pdf)).

---

Die Landwirtschaft ist einer der größten Nutzer und Verbraucher von Süßwasser. Heute werden weltweit etwa 20 Prozent des Kulturlandes bewässert und auf diesen Flächen 40 Prozent der Nahrungsmittel erzeugt. Drei Viertel der Bewässerungsgebiete liegen in Entwicklungsländern, davon 90 Prozent in China und Südasien. Die bewässerten Flächen nehmen kaum noch zu, weil geeignete Flächen und Wasser immer knapper werden. Zu einem weiteren globalen Problem wird die bedrohliche Wasserverschmutzung, zu der die Landwirtschaft durch Versalzung, Nährstoff- und Sedimenteintrag, Düngemittel und Pestizide beiträgt.

### **Chemische Wirkstoffe in der Landwirtschaft können die Gesundheit gefährden**

Zum Schutz von landwirtschaftlichen Produkten vor sogenannten Unkräutern, Schädlingen oder Krankheiten wird eine große Anzahl von chemisch-synthetischen Wirkstoffen verwendet. Diese werden nach dem Einsatz auf dem Acker nur zum Teil abgebaut. Die übrig gebliebenen Stoffe und ihre Abbauprodukte landen in Boden, Wasser, Luft, Kompost sowie in Futter- und Lebensmitteln. Viele der in Entwicklungsländern eingesetzten Chemikalien wie Pestizide und Insektizide sind für die menschliche Gesundheit und die Umwelt besonders gefährlich. In Deutschland ist für ausschließlich in den Export gehende Wirkstoffe trotzdem keine Zulassung notwendig. Die Sicherheitsüberprüfung wird den Importländern überlassen, die aber häufig hierfür keine Infrastruktur besitzen. Ebenso fehlt sehr häufig eine Beratung zur sicheren Anwendung der Mittel in der Landwirtschaft. Die weltweite Anzahl der Vergiftungen durch unsachgemäße Anwendung und Missbrauch von Pestiziden betrifft jährlich hunderttausende Menschen.

Eine Belastung der Lebensgrundlagen - Boden, Wasser, Luft - ist auch bei uns feststellbar. Pestizidbelastete Abflüsse, Abdrift und Verwehungen von behandelten

Ackerflächen können Seen und Gewässer belasten und Nachbarflächen und -kulturen kontaminieren. Erst nach einer jahrelangen Debatte über die Ursachen des Bienensterbens und starken Protesten wurden einige Pestizide - vorübergehend - verboten. Eine besondere Problematik entsteht durch die Entwicklung von herbizidresistenten Pflanzen. Diese mehrheitlich gentechnisch veränderten Pflanzen können mit Totalherbiziden behandelt werden. Hierdurch werden alle anderen Pflanzen auf den Äckern vernichtet, lediglich die resistente Pflanze kann gedeihen.

### **Weniger Düngung kann mehr Vorteile bringen**

Pflanzen brauchen Nährstoffe für das Wachstum, die sie hauptsächlich aus dem Boden beziehen. Dort sind sie nicht unbegrenzt verfügbar, und deshalb müssen in Kulturpflanzenbeständen gezielt Nährstoffe zugeführt



Diese Bäuerin düngt ihre Salat- und Gemüsepflanzen mit nährstoffreichem Kompost. So erzielt sie gute Erträge und spart Kosten, weil sie nun auf den Zukauf von Kunstdünger und Pflanzenschutzmitteln verzichten kann.



Früher wurden in Peru rund 3.800 verschiedene Kartoffelsorten angebaut. Mit Unterstützung von Brot für die Welt hilft die Bauernorganisation CHIRAPAQ, diese einzigartige Vielfalt zu bewahren und die Ernährung der Bevölkerung zu sichern.

werden. Das geschieht entweder auf biologischem Wege wie die Stickstoffanreicherung über den Anbau von Leguminosen oder durch organischen und mineralischen Dünger. Moderne Hohertragsorten sind anspruchsvoll

und brauchen viel und ausreichende Düngung, die heute primär über mineralischen Dünger zugeführt wird. Die Herstellung von mineralischem Dünger ist allerdings sehr energieintensiv und deshalb an die Verfügbarkeit der fossilen Energieträger und an deren Preise gekoppelt. In fast allen Teilen der Welt ist seit Jahrzehnten deutlich mehr Dünger ausgebracht worden als die Pflanzen tatsächlich aufnehmen können. Die überschüssigen Nährstoffe werden zum Teil ausgespült und finden sich im Grund- und Oberflächenwasser wieder, fließen in die Meere, was dort zu übermäßigem Algenwuchs führt, oder sie reichern sich im Boden an. Die tatsächliche Düngemittelausbringung weltweit überstieg bisher im Durchschnitt 55 Prozent des benötigten Gebrauchs.

### Die Bewahrung der biologischen Vielfalt

Zur biologischen Vielfalt oder Biodiversität zählen unter anderem Gene, Sorten, Rassen und Arten von Lebewesen sowie ganze Ökosysteme. Während der letzten 50 Jahre haben die Menschen die Ökosysteme schneller und weitreichender verändert als jemals zuvor. Die landwirtschaftliche Nutzung, die Rodung von Wäldern, die Hochseefischerei und die Tierhaltung haben daran einen wesentlichen Anteil. Großflächige Landnutzungsänderungen waren Hauptursache für beträchtliche und zum Teil irreversible Verluste an der Vielfalt des Lebens auf der Erde. Die Kulturpflanzen- und Nutztiervielfalt wird durch die moderne Züchtung noch weiter eingeschränkt. Die Vielfalt innerhalb der gleichen Spezies weicht eini-

---

## Düngemittelsubventionen am Beispiel Malawi

Malawi, das sich hauptsächlich von Mais ernährt, erlebte 2003/2004 als Folge einer Trockenheit und dem Verkauf aller Maisreserven im Jahr zuvor eine dramatische Hungersnot. Daraufhin führte das Land eine erhebliche Subvention für synthetischen Dünger ein, denn Mais ist eine sehr düngereintensive Pflanze. Die Erträge erhöhten sich durch die Steigerung des Düngemittelsatzes so stark, dass das Land einen Maisüberschuss erzielen und große Mengen des Getreides exportieren konnte.

Inzwischen ist die Euphorie einer großen Ernüchterung gewichen. Die Düngemittelpreise sind mit der Nahrungsmittelkrise 2007/2008 so stark angestiegen, dass das malawische Programm nicht mehr bezahlbar war. Vorher brauchten die malawischen Bauern nur zehn Prozent

des Marktpreises des Düngers zu bezahlen. Vor allem hat sich aber gezeigt: Wenn Mineraldünger billig oder umsonst ist, wird er nicht mit großer Sorgfalt eingesetzt. Unqualifizierte Verwendung führt zu Auswaschung, Verunreinigung des Grund- und Oberflächenwassers und zur Vernachlässigung der organischen Düngung. Diese ist aber unverzichtbar, um die Bodenqualität zu erhalten und zu verbessern. Schließlich ist der Mineraldüngereinsatz ein Anreiz für den Anbau von Pflanzen und Sorten, die sehr gut auf künstliche Düngung ansprechen, vor allem Hohertragsmais. Der erweist sich aber als sehr dürranfällig und benötigt eine zuverlässige Bewässerung. Aus diesen Gründen sind Düngemittelsubventionen kein längerfristig sinnvolles Programm.

gen wenigen Hohertragssorten oder Tierzuchtlinien, deren genetische Eigenschaften über ganze Länder und Kontinente hinweg verbreitet werden. Andererseits ist der züchterische Fortschritt aber darauf angewiesen, auf einen breiten Pool an genetischen Eigenschaften zurückgreifen zu können.

Zum Schutz der Biodiversität wurde auf dem Umweltgipfel in Rio de Janeiro 1992 die „Konvention über die biologische Vielfalt“ verabschiedet. Eine weitere internationale Vereinbarung, der „Internationale Saatgutvertrag“, hat den freien Zugang zu den für die Ernährung und Landwirtschaft bedeutsamen pflanzengenetischen Ressourcen zum Ziel. Die Zentren besonders hoher biologischer Vielfalt liegen mehrheitlich in den Ländern des Südens. Die bisherige Erfahrung zeigt, dass häufig die Rechte indigener Völker, von Landwirtinnen und Landwirten sowie Hirten an der biologischen Vielfalt trotz dieser völkerrechtlichen Verträge nicht genügend Berücksichtigung finden. Es wäre gerecht, die biologische Vielfalt als gemeinsames Erbe der Menschheit zu betrachten, das allen zugutekommen soll und zu dem sie einen freien Zugang erhalten. Das Konzept von Patenten auf Pflanzen und Tiere ist hiermit nicht zu vereinbaren.

### **Ein rasch wachsender Energiebedarf**

Die moderne Landwirtschaft basiert in ihrer Ertragskraft sehr stark auf dem Einsatz von fossilen energetischen Rohstoffen: als Treibstoff für die Maschinen, als Vorleistung zur Herstellung von Betriebsmitteln wie Düngemitteln sowie für den Betrieb von Ställen. Zwar hat die moderne Landwirtschaft in Europa und den USA ihre

Energieeffizienz erhöht, dennoch bleibt dort die Agrarproduktion stark abhängig von der Energieversorgung. Rund 14,4 Prozent aller Produktionskosten der Landwirtschaft sind Energiekosten. Der Mangel an förderfähigem Erdöl und Erdgas könnte zukünftig einen drastischen Anstieg der Energiekosten verursachen und dadurch die Ertragskraft der Landwirtschaft beeinträchtigen.

## **Fehlentwicklung in der Agrarpolitik der Entwicklungsländer**

Einer der Hauptgründe für das Fortbestehen von Hunger auf der Welt ist die geringe politische Aufmerksamkeit für Agrarpolitik und ländliche Entwicklung in vielen Ländern des Südens während der letzten Jahrzehnte. Angesichts der ausgesprochen niedrigen Agrarpreise schienen sich Investitionen in die Landwirtschaft und vor allem in die Produktion von Nahrungsmitteln kaum zu lohnen. Bis heute fehlen deshalb vor allem öffentliche Investitionen in eine ausreichende Infrastruktur: in Straßen und Transportmöglichkeiten, in Agrarberatung, Lagerhaltung, Wetterinformationen, tierärztliche Versorgung, eine rechtliche Absicherung des Zugangs zu Land (besonders für von Frauen geführte Haushalte), Zugang zu Krediten etc. In vielen Ländern verderben aufgrund von Infrastrukturproblemen 30 bis 40 Prozent der Ernte auf den Feldern. Viele Bäuerinnen und Bauern haben keinen sicheren Zugang zu Land und kaum Möglichkeiten, in ihr Land zu investieren. Weil Geld für Boden-erhalt und Düngemittel fehlt, werden die Böden nicht ausreichend gepflegt. Selbst steigende Weltmarktpreise



Der Anbau neuer Reissorten hat in asiatischen Ländern die Erträge stark steigen lassen und einen bescheidenen Wohlstand in die Dörfer gebracht. Doch es gibt auch Schattenseiten: Hohe Kosten für den Kauf des Saatguts erhöhen die Verschuldungsgefahr für arme Bauernfamilien, dazu ist der Bedarf an Wasser und Dünger für die neuen Sorten enorm.

können viele Kleinbauernfamilien mangels Investitionskapital nicht nutzen.

### **Erfolge und Schattenseiten der Grünen Revolution**

Bereits 1974 endete die erste Welternährungskonferenz in Rom mit dem Versprechen: „In zehn Jahren wird kein Mann, keine Frau und kein Kind mehr hungrig zu Bett gehen.“ Dieses Versprechen wurde nicht eingehalten. Der damals eingeschlagene Weg, den Hunger in erster Linie über Steigerungen der landwirtschaftlichen Produktion mithilfe moderner Agrartechnologie überwinden zu wollen, erwies sich als unzureichend.

Seit Beginn der 1970er Jahre werden vermehrt Hochertragssorten eingesetzt. Sie haben die Ernteerträge erheblich gesteigert, zumindest in den Gebieten Asiens, in denen gute Böden und eine ausreichende Bewässerung vorhanden sind. Eine Übertragung dieses Modells nach Afrika gelang bislang kaum, da dort die Bewässerungslandwirtschaft und die landwirtschaftliche Infrastruktur zu schwach sind, um den ressourcenintensiveren Anbau von Hochertragssorten meistern zu können. Kritiker der sogenannten Grünen Revolution haben den Vorwurf erhoben, dass sie die Landkonzentration begünstigt, weil nur wohlhabendere Produzenten sich die Vorleistungen und Inputs der Hochertragssorten leisten können. Im Umfeld der begünstigten Farmen mussten häufig andere landwirtschaftliche Betriebe aufgeben und ihr Land an die reichen Bauern verkaufen. Auch wird auf die fehlende Nachhaltigkeit der ressourcenintensiven Sorten verwiesen, da das Saatgut nur dann hohe Erträge abwirft, wenn ausreichend gedüngt und bewässert wird. Immerhin haben die höheren Erträge, die mit den neuen Sorten erzielt werden, erheblich dazu beigetragen, die Nahrungsmittelversorgung vor allem in asiatischen Ländern zu verbessern.

### **Die Hälfte der Hungernden gehört Bauern- und Landarbeiterfamilien an**

Seit die EU ab Mitte der 1970er Jahre zu einer Überschussregion für viele Agrarprodukte wurde und mit den USA beim Absatz solcher Überschüsse wetteiferte, gerieten die Weltmarktpreise unter Druck. Für Produzenten in Entwicklungsländern gab es kaum mehr Anreize, selbst in den Anbau der betreffenden Produkte zu investieren. Viele Länder, die sich früher selbst mit Nahrungsmitteln versorgen konnten, kauften nun die kostengünstigen Grundnahrungsmittel auf den Weltmärkten. Sie setzten

in ihrer Landwirtschaftspolitik stattdessen auf den Export von Produkten wie Kaffee oder Schnittblumen, für die sich höhere Preise erzielen ließen. Die Schattenseite: Die Zahl der Länder, die mehr Nahrungsmittel importierten als exportierten, stieg von etwa 30 Ländern in den 1980er Jahren auf über 110 Länder während der Welternährungskrise von 2007/2008.

Die Kombination von Empfehlungen der Weltbank und Welthandelsorganisation zur Marktöffnung und dem gleichzeitigen Desinteresse nationaler Regierungen an Investitionen in Landwirtschaft und ländliche Entwicklung hat dazu beigetragen, dass die Hälfte aller Hungernden weltweit landwirtschaftliche Produzentenfamilien sind. In der Welternährungskrise 2007/2008 stellten wichtige Exportnationen die Ausfuhr von Nahrungsmitteln ein, um zunächst die eigene Bevölkerung zu versorgen. Als daraufhin überall die Lebensmittelpreise stark stiegen, fehlte vor allem armen Haushalten in Entwicklungsländern das nötige Geld zu deren Erwerb. Innerhalb kürzester Zeit stieg die Zahl der Hungernden von ca. 850 Millionen auf über eine Milliarde Menschen. Die Krise hat schlagartig die Bedeutung von „nationaler Ernährungssicherheit“, das heißt einer ausreichenden Nahrungsmittelproduktion für alle Menschen im eigenen Land, sichtbar gemacht.

# Leitgedanken für nachhaltige Agrarpolitik und weltweite Ernährung

## Brot für alle - ein biblischer Auftrag

Die für unsere Thematik wichtigste Bitte des Vaterunser ist die Brot-Bitte: „Unser tägliches Brot gib uns heute“. Neben allen Weiterungen, was zum täglichen „Brot“ gehört, müssen wir die buchstäbliche Bedeutung ernst nehmen. Ohne Brot, ohne Ernährung kann der Mensch nicht leben. Der Umgang mit Nahrungsmitteln erfordert größte Sorgfalt. Es geht um das ökologische und gesellschaftliche Zusammenspiel, das gegeben sein muss, damit der Teller jeden Tag wieder gefüllt werden kann. Das Erleben von Mangel und die Freude an ausreichendem und gutem Essen machen die Mahlzeit zu einer spirituellen Erfahrung: Der ganze Mensch ist abhängig, der ganze Mensch wird durch Speise gestärkt.

„In, mit und unter dem Brot“ hat Martin Luther an Christi Gegenwart geglaubt. „Ich bin das Brot des Lebens“, sagt Jesus von sich selbst (Joh. 6,35). Menschen dürfen beanspruchen, ausreichend ernährt zu sein, und zwar in allen Dimensionen, die das Menschsein ausmachen. Wer

satt ist, erfährt sich als angenommen und gewollt. Kaum etwas kann das – nach protestantischem Verständnis – besser verdeutlichen als das christliche Abendmahl. Jedes Abendmahl wird in einer Gemeinschaft gefeiert. Ausgehend von der Gemeinschaft der Versammelten öffnet sich diese für die ganze Menschheitsfamilie und behält auch frühere und zukünftige Generationen im Blick. In gleicher Weise ist nach christlichem Verständnis die Ernährungssicherheit eine kollektive Aufgabe und Verpflichtung über die Grenzen des eigenen Landes hinaus.

## Die Option für die Armen und ihre Konsequenzen für die Ernährungssicherung

Die Option für die Armen ist verpflichtendes Kriterium christlichen Handelns. „Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Brüdern [und Schwestern], das habt ihr mir getan“ (Mt. 25,40), lässt Jesus uns wissen. Das erlaubt keine Kompromisse oder Entschuldigungen.



Abendmahl in der Dorfkirche von Lohmen. Brot und Wein stärken die Verbindung zu Gott und ebenso zu den Mitmenschen. Und das Brot macht uns immer neu bewusst, dass wir eine Mitverantwortung dafür tragen, dass alle Menschen auf der Welt genügend Nahrungsmittel haben.



In einer globalisierten Welt hat die hiesige Landwirtschaftspolitik direkte Auswirkungen auf die Ernährung in anderen Teilen der Welt.

Gott selbst gibt sich mit Vorliebe in den Armen und Hungernden zu erkennen. Im Gleichnis vom Weltgericht, das die Werke der Barmherzigkeit aufzählt, spricht Jesus die Menschen zugleich als Kollektiv an: „Ihr habt mir zu essen gegeben“ und „Ihr habt mich gekleidet“ (Mt. 25,35f). Gott klagt unsere Solidarität mit den von Armut und ihren Begleiterscheinungen wie Hunger, Ausgrenzung, Krankheit etc. betroffenen Menschen ein, indem er sich mit ihnen identifiziert.

Christinnen und Christen sind über die individuellen und kollektiven Werke der Barmherzigkeit hinaus aufgefordert, Einfluss auf die gesellschaftlichen Ursachen von Armut zu nehmen und die Gesellschaft so zu verändern, dass extreme Armut und Ausgrenzung verschwinden. „Schaffet Recht dem Armen und der Waise und helft dem Elenden und Bedürftigen zum Recht. Errettet den Geringen und Armen und erlöst ihn aus der Gewalt der Gottlosen“ (Ps. 82,3-4). An Gerechtigkeit orientiertem Handeln muss es vor allem darum gehen, Diskriminierung abzubauen, Ausgrenzung zu überwinden, den missachteten Rechten der Armen Geltung zu verschaffen, Teilhabe zu ermöglichen und eine materielle Existenzsicherung zu gewährleisten. Dies schließt die Veränderung von Strukturen und Mechanismen ein, die der Überwindung des Hungers entgegenstehen.

Jesu Gebot, auch den Fremden und den Feind zu lieben, und seine Veranschaulichung der Nächstenliebe anhand des Gleichnisses vom barmherzigen Samariter zeigen die Verpflichtung zur Solidarität über den Kreis der uns Nahestehenden hinaus mit allen Menschen auf

dieser Erde. Dazu gehört nicht nur, Nutzen und Lasten mit den Bedürftigen zu teilen und wechselseitig füreinander einzutreten, sondern auch dafür Sorge zu tragen, dass unsere eigene Art und Weise zu leben und zu wirtschaften nicht auf Kosten von Menschen in anderen Teilen der Welt geht und deren Grundrechte beschneidet. Das Solidaritätsprinzip spielt im Ernährungs- und Landwirtschaftskontext nicht nur im Falle von akuten Hungerkatastrophen eine Rolle. Es muss zum Beispiel auch berücksichtigt werden in der Frage der ungleichen Beteiligung landwirtschaftlich Produzierender an gesellschaftlichen Wohlstandssteigerungen oder bei der Beendigung der Vernachlässigung ländlicher Räume in der staatlichen Ausgabenpolitik und der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.

Zu den wichtigsten Verhaltensregeln des Zusammenlebens in einer Weltgemeinschaft zählt die Verpflichtung, bei allem eigenen Tun und Lassen keinen Schaden an Mensch und Natur anzurichten. Angesichts der Gestaltung des Agrarhandels Europas und der negativen Auswirkungen der landwirtschaftlichen Produktionsweise auf die Ernährungssicherung lokaler Bevölkerungen im Globalen Süden wäre es der wichtigste Schritt, den Weg zu einer international verträglichen und nachhaltigen gemeinsamen EU-Agrarpolitik einzuschlagen.

## Das Menschenrecht auf Nahrung

Allein auf die Mächtigen können die Armen und Hungerigen heute wie in biblischen Zeiten in aller Regel nicht hoffen. Wie andere Propheten beobachtet der Prophet Hesekiel die Kumpanei der Mächtigen mit den religiösen Würdenträgern: „Du bist ein Land, (...) dessen Fürsten (...) fressen Menschen, reißen Gut und Geld an sich und machen viele zu Witwen im Lande. Seine Priester tun meinem Gesetz Gewalt an“ (Hes. 22,24-26). Das Alte Testament bezeugt immer wieder, dass das Recht der Armen permanent gebrochen wird. Ebenso häufig finden sich die Ermahnungen, es anders zu halten: „Du sollst das Recht deines Armen nicht beugen in seiner Sache“ (Ex. 23,6).

Gott steht den Armen mit ihrem Hunger nach Gerechtigkeit und ihrem physischem Hunger bei: „Wirst du sie [Witwen und Waisen] bedrücken und werden sie zu mir schreien, so werde ich ihr Schreien erhören“ (Ex. 22,22). Er gebietet der Willkür der Mächtigen Einhalt: „Denn ich weiß, dass der Herr des Elenden Sache führen und den Armen Recht schaffen wird“ (Ps. 140,13). Sein Zorn erwacht da, wo die Würde des Einzelnen verletzt wird.

Wenn jemand seinen einzigen Mantel verpfänden muss, soll er ihm über Nacht wieder gegeben werden, damit er sich zudecken kann (Ex. 22,25). Im Neuen Testament lesen wir: „Brich dem Hungrigen dein Brot, und die im Elend ohne Obdach sind, führe ins Haus! Wenn du einen nackt siehst, so kleide ihn“ (Jes. 58,7). Der Verarmte und Hungrige ist nicht namenlos, sondern von Gott erkannt. „Fürchte dich nicht. Ich habe dich bei deinem Namen gerufen. Du bist mein“ (Jes. 43,1).

Es besteht eine große Übereinstimmung zwischen göttlichen Zusagen an die Menschen und den Menschenrechten der Neuzeit. Menschenrechte sollen die Menschenwürde schützen, zu der auch die Abwesenheit von Hunger gehört. Das Recht auf Nahrung hat Eingang in die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte gefunden (Art. 25), die 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet wurde, und wurde später völkerrechtlich verbindlich in einen Völkerrechtsvertrag aufgenommen, den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Seitdem ist das Recht auf Nahrung geltende Völkerrechtsnorm. Seit 2004 gibt es als zusätzliches völkerrechtliches Instrument die Freiwilligen Leitlinien zur Umsetzung des Rechts, die im Rahmen der FAO erarbeitet wurden.

Aus menschenrechtlicher Sicht wird deutlich, dass jede wirkungsvolle Strategie zur Senkung der Zahl der Hungernden und Unterernährten mit Maßnahmen beginnen muss, die die Zugangsprobleme dieser Gruppen und die Ursachen ihrer Diskriminierung verringern helfen. Die Stärke eines Menschenrechtsansatzes liegt gerade darin,

den Fokus auf die Rechtsposition besonders Benachteiligter zu richten und staatliche Rechenschaftspflicht gegenüber diesen Gruppen einzufordern.

Für das Recht auf Nahrung sprechen die ganze prophetische Tradition des Alten Testaments und das Erbarmen Jesu mit denen, die Hunger leiden: „Und als er das Volk sah, jammerte es ihn, denn sie waren verschmachtet“ (Mt. 9,36). Die Kirche ist religiös, moralisch und politisch verpflichtet, Strukturen anzuprangern, die dafür sorgen, dass trotz ausreichender Nahrungsproduktion weltweit so viele Menschen in menschenunwürdigen Umständen leben. Sie bringt ihre Erkenntnisse in politische und ökonomische Prozesse ein und engagiert sich in informellen und zivilgesellschaftlichen Debatten. Nicht zuletzt benennt die Kirche individuelle Verhaltensweisen, die verändert werden müssen. Gleichzeitig unterstützt sie Menschen, die ihrer Lebensmöglichkeiten beraubt wurden, dabei, ihre Rechte durchzusetzen. Und sie erinnert die Staaten daran, dass es ihre vornehmste Pflicht ist, für Gerechtigkeit und Frieden zu sorgen.

## Kein Ende des Hungers ohne den Schutz der Gemeingüter

Die schrankenlose Anwendung des Eigentumsbegriffs auf Nahrungsmittel und die mit der Erzeugung und Vermarktung von Nahrungsmitteln verbundenen Rechtsgarantien kollidieren immer deutlicher mit den Ansprüchen derjenigen, deren Recht auf Nahrung nicht eingelöst ist. Dies schließt auch die Ansprüche zukünf-



„Brich mit den Hungrigen dein Brot“, wird in der Bibel von uns gefordert. Für die meisten Menschen in Deutschland ist es ganz selbstverständlich, täglich Brot kaufen und essen zu können. Der Blick auf den Hunger in anderen Teilen der Welt kann uns lehren, dankbar für dieses tägliche Brot zu sein und gleichzeitig alles dafür zu tun, dass es mit den Armen geteilt wird.



Im argentinischen Chaco rauben Agrarunternehmen den indigenen Völkern ihr Land. Dieser Vertreter einer Wichí-Gemeinde blickt traurig über den Zaun – das Land, das früher seinem Stamm gehörte, wurde zum Großteil von Großgrundbesitzern gerodet und eingezäunt.

tiger Generationen ein, kultivierbares Land, sauberes Trinkwasser, reine Luft und ein die Wachstumszyklen förderndes Klima vorzufinden. Mit der Globalisierung geht ein Wettlauf der Aneignung von produktiven Böden und lebenswichtigen Wasserressourcen einher. Der Handel mit Nahrungsmitteln erfolgt nach denselben Marktgesetzen wie der übrige Handel, und Spekulationen auf Preisentwicklungen von Nahrungsmitteln nehmen zu.

Aus christlicher Perspektive ist dies ethisch fragwürdig, weil Nahrung nicht vorrangig als Eigentumsangelegenheit definiert werden kann. Nahrung und dafür benötigte Produktionsmittel sind vor allem Kulturgut, Gemeinschaftsangelegenheit, Ressource der Zukunft, Besitz kommender Generationen. Biblisch wird das deutlich in der Geschichte von Nabot: Er besitzt einen Weinberg, der ihm sein Auskommen sichert. Der König von Samaria hat jedoch ein Auge auf den Weinberg geworfen und möchte ihn Nabot abkaufen. Für diesen aber ist Land unveräußerlich, keine Ware, sondern der Ort, den Generationen vor ihm gepflegt haben und den Generationen nach ihm erhalten werden. Durch einen Justizmord lässt der König den Weinbergbesitzer Nabot steinigen und bemächtigt sich seines Landes (1. Kön. 21,1-29). Die biblische Geschichte macht deutlich, dass Ausgrenzung und Marginalisierung drohen und Willkür und Gewalt die Folge sein können, wenn Gewinninteressen Vorrang vor dem Zugang zu Land, Wasser und anderen Ressourcen erlangen. Beispiele dafür finden wir heute im brasiliani-

schen Amazonien und in anderen lateinamerikanischen Ländern, wo indigene Waldbewohner der Willkür von Plantagenbesitzern schutzlos ausgeliefert sind.

Nach biblischem Verständnis ist die Verfügung über Ressourcen immer vorübergehend. „Die Erde ist des Herrn und was darinnen ist“ (Ps. 24,1). Alles, was der Mensch der Schöpfung entnimmt, muss auch deren Bewahrung dienen. Der Mensch darf nur in verantwortlicher Weise die natürlichen Güter in Besitz nehmen und sie bewirtschaften. Er ist vor Gott verantwortlich dafür, dass die anderen Bewohner der Erde – Menschen, Tiere und Pflanzen – und die kommenden Generationen ihr Auskommen haben. Das spiegelt sich allerdings nur unzulänglich in den heutigen Produktions- und Handelssystemen mit Nahrungsmitteln wider.

Hilfreich kann das Konzept der Gemeingüter sein, um die Grenzen der Privatisierung aufzuzeigen. Die Übernutzung von Gemeingütern wie der Atmosphäre, der Bodenfruchtbarkeit, der biologischen Vielfalt oder der Meere schreitet allerdings ebenso dramatisch voran wie die Kommerzialisierung, die den Zugang zu Wasser oder Land von den Einkommensverhältnissen abhängig macht. Gerechtigkeit im Blick auf Gemeingüter besteht darin, dass geteilt wird, was nur begrenzt zur Verfügung steht, und dass alle Zugang zu den Dingen haben, die unerschöpflich sind und durch Nutzung sogar vermehrt werden, zum Beispiel Wissen zum Erlangen von Ernährungssicherung.



## Bebauen und Bewahren: eine biblische Orientierung für die heutige Landwirtschaft

In Gen. 1,28 finden wir den Auftrag Gottes an die Menschen zum Umgang mit der Erde und allem Lebendigen: „Seid fruchtbar und mehret euch und füllet die Erde und machet sie euch untertan und herrschet über die Fische im Meer und über die Vögel unter dem Himmel und über das Vieh und über alles Getier, das auf Erden kriecht.“ Dieser „Herrschaftsauftrag“ ist im Lichte von Gen. 2,15 zu interpretieren: „Und Gott der Herr nahm den Menschen und setzte ihn in den Garten Eden, dass er ihn bebaute und bewahrte.“ Die Natur als Schöpfung Gottes hat einen eigenen Wert, den wir zu respektieren haben. Ein rücksichtsloses und grenzenloses Ausplündern der Naturressourcen ist mit dem Glauben an den Schöpfer und der Achtung seiner Schöpfung nicht vereinbar. Das heutige Prinzip der Nachhaltigkeit, das auf alten Erfahrungen bäuerlichen Wirtschaftens fußt, ist eng mit dem christlichen Schöpfungsglauben verbunden.

Mit der beim Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung von Rio de Janeiro 1992 verabschiedeten Agenda 21 kam neben der ökologischen auch die soziale Dimension von Nachhaltigkeit in den Blick. Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und die Überwindung der weltweiten Armut sind die beiden zentralen Herausforderungen der Menschheit, auf die das Leitbild einer „nachhaltigen Entwicklung“ eine Antwort geben soll. Dabei muss wirtschaftliches Handeln ökologische und soziale (menschenrechtliche) Grenzen respektieren. Das verlangt auch eine Neuorientierung der Agrarwirtschaft und eine umfassende Wende hin zu einer nachhaltigen Landbewirtschaftung. Dabei geht es um viel mehr als nur um produktionstechnische Fragen. Der Zugang zu ausreichenden und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln ist eine unabdingbare Voraussetzung für jede menschliche Entwicklung.

Mit dem Leitbild einer multifunktionalen und nachhaltigen Landwirtschaft wird auch zum Ausdruck gebracht, dass die Gesellschaft die vielfältigen Leistungen anerkennen und honorieren muss, die die Landwirtschaft und ländlichen Räume für die Gesamtgesellschaft erbringen. Ein Paradigmenwechsel in der Agrarpolitik ist notwendig hin zum Leitbild einer Landwirtschaft, die gesunde Lebensmittel produziert, Arbeitsplätze und Einkommen schafft, eine zukunftsfähige Entwicklung der ländlichen Räume ermöglicht, auf das Tierwohl achtet, die natürlichen Ressourcen schont, zu Landschaftspflege und zum Klimaschutz beiträgt sowie die Ziele der



Die Evangelische Kirche in Guatemala unterstützt Kleinbauernfamilien bei der Umstellung auf nachhaltige Anbaumethoden. Diese Bauernfamilie kann auf eine gute Süßkartoffelernte hoffen und trägt gleichzeitig zur Bewahrung der Umwelt bei.

weltweiten Ernährungssicherung und der Überwindung der Armut berücksichtigt.

---

## Das Nachhaltigkeitsleitbild und die Erfahrungen bäuerlichen Wirtschaftens

„Im Wald soll nicht mehr Holz geschlagen werden, als nachwächst. Dem Boden sollen nicht mehr Nährstoffe entnommen werden, als ihm zurückgegeben werden können. Das Vieh soll so gehalten werden, dass sein Wohlbefinden und Bestand auf Dauer gesichert bleibt. Der Hof soll in möglichst gutem Zustand als langfristige Produktionsgrundlage weitergegeben werden. Er ist mit seinen Menschen, seinem Boden, seinen Tieren und Pflanzen Bezugspunkt für ein Denken in langen Generationenketten. In der tiefen Verbundenheit mit ihm konkretisiert sich die Verantwortung für die Zukunft. Das Leitbild der Nachhaltigkeit verallgemeinert eine solche Haltung der inneren Verbundenheit mit der Schöpfung zum ethischen Leitprinzip für eine überlebensfähige Lebens- und Wirtschaftsweise.“

Evangelische Kirche in Deutschland und Deutsche Bischofskonferenz: Neuorientierung für eine nachhaltige Landwirtschaft. Ein Diskussionsbeitrag zur Lage der Landwirtschaft (2003).

## Eine „Ethik des Genug“ - mehr als Verzicht

Christlicher Glaube bekennt Gott als den Schöpfer und Erhalter allen Lebens und Herrn der Welt. Er sieht den Menschen als Gegenüber und Mitarbeiter Gottes, der seinem Schöpfer gegenüber verantwortlich handeln soll und dem heilsame Grenzen gesetzt sind. Ein rücksichtsloses Streben nach grenzenlosem Wachstum ist mit einem solchen biblischen Menschen- und Weltbild nicht vereinbar. Die Bibel beschreibt in vielen Geschichten die Versuchung des Menschen, sich in seiner Gier auf Kosten anderer zu bereichern. Jesus warnt in der Bergpredigt vor der Macht des „Mammon“, die sich nicht nur für die Armen, sondern auch für die Reichen lebenszerstörerisch auswirkt (Mt. 6,24). Denn die Herrschaft der Gier führt nicht nur dazu, dass Menschen Gottes Schöpfung ausbeuten und ihren Mitmenschen das Notwendige zum Leben rauben, sondern auch dazu, dass sie ihre eigene Bestimmung - biblisch gesprochen: ihre Seele - verlieren: „Denn welchen Nutzen hätte der Mensch, wenn er die ganze Welt gewönne und verlöre sich selbst oder nähme Schaden an sich selbst?“ (Lk. 9,25). Gott hat uns genug zum Leben geschenkt, deshalb müssen wir uns nicht im Streben nach immer mehr aufreiben. Wir können miteinander teilen, anderen genug zukommen lassen und es uns genug sein lassen.

In Politik und Ökonomie muss heute eine „Ethik des Genug“ akzeptiert werden, ebenso deren Konsequenz, eine „Ökonomie des Genug“. Es müssen andere Maßstäbe für die Bewertung von wirtschaftlichem Erfolg entwickelt werden. Nötig sind aber auch neue Konzepte der Nachhaltigkeit, die zum Beispiel für gerechtere globale Handelsbedingungen oder die staatliche Förderung von umweltverträglichen Technologien eintreten und umweltschädliche Verhaltensweisen besteuern oder sanktionieren. Neben Effizienzsteigerungen zur Senkung des Ressourcenverbrauchs brauchen wir auch eine gesellschaftlich akzeptierte Strategie des „Genug“. Wichtig sind dafür Impulse für den persönlichen Lebensstil mit dem Leitsatz „Gut leben statt viel haben“.

Dabei ist eine „Ethik des Genug“ nicht vorrangig als Verzichtsethik zu sehen, sondern sie bedeutet einen Gewinn an Lebensqualität. Sie kann zu einer befreienden Vision für die Armen und für die Reichen werden. Alle sollen genug zum Leben haben. „Genug“ heißt für alle, die zu viel

haben: Weniger ist mehr. Für die Armen gilt: Sie müssen „genug“ bekommen, sodass sie gut leben können. Beides ist eine große Herausforderung, der wir uns als Christinnen und Christen wie als Landeskirchen und Gemeinden stellen müssen und dies gerade auch im Dialog mit den Menschen in den Ländern des Südens.



Eine Ethik des Genug bedeutet, sich nicht nur um das eigene tägliche Brot zu sorgen, sondern auch um das Brot unserer Nächsten.

# Handlungsfelder für Ernährungssicherung

## Die internationale Handelspolitik als Hindernis für Hunger- und Armutsbekämpfung

Die Befürworterinnen und Befürworter einer weitreichenden Liberalisierung des internationalen Agrarhandels argumentieren, der freie weltweite Handel garantiere einen wirkungsvollen Mechanismus für den Austausch zwischen denjenigen, die genügend, und denjenigen, die nicht genug Lebensmittel haben. Dies erfolge mithilfe der Preisbildung. Güter würden durch die Preisdifferenzen automatisch von den Überschuss- in die Knappheitsregionen fließen. Aber die Erwartungen an den Nutzen der Handelsliberalisierung für die Entwicklungsländer haben sich nicht erfüllt. Einige große Länder wie Argentinien, Brasilien und Indien profitieren von der Handelsliberalisierung. Hingegen müssen Bangladesch und viele afrikanische Länder, die ohnehin spezielle Handelspräferenzen genießen, als Folge einer multilateralen Agrarliberalisierung Verluste hinnehmen. Die Weltbank ist zum Ergebnis gekommen, dass die Entwicklungsländer als Gesamtgruppe dann am meisten profitieren würden, wenn die entwickelten Länder, nicht jedoch die Entwicklungsländer selbst, ihre Agrar- und Handelspolitik liberalisieren würden.

Der Agrarvertrag der Welthandelsorganisation WTO erschwert es den Entwicklungsländern, das Recht auf Nahrung umzusetzen. So schreibt der Vertrag vor, dass alle Unterstützungsmaßnahmen nach festgelegten Regeln abzubauen sind, es sei denn, sie wären „nicht oder nur minimal handelsverzerrend“. Welche Maßnahmen handelsverzerrend sind und welche nicht, wird nicht an ihren tatsächlichen Wirkungen überprüft. Sie sind vorab in einer Liste festgeschrieben worden, die sich stark an der agrarpolitischen Subventionspraxis der Industrieländer orientiert. Viele wichtige agrarpolitische Maßnahmen der Entwicklungsländer fehlen in der Liste, zum Beispiel Landreformprogramme oder Armutsbekämpfung. Im WTO-Agrarvertrag stehen Ernährungssicherheitsnetze, soziale Schutzprogramme und die Einlagerung von Nahrungsmittelreserven unter dem Generalverdacht, primär missbraucht zu werden, um der eigenen Landwirtschaft einen ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Für Zahlungen zur direkten Unterstützung von Bauernfamilien durch die Regierungen von Entwicklungsländern werden Bedingungen gestellt, die in Krisensituationen unmöglich zu erfüllen sind.

---

### Empfehlung:

Die Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung setzt sich dafür ein, dass die durch Handelsverträge bewirkte Liberalisierung des internationalen Agrarhandels für die Entwicklungsländer die „sensiblen Produkte“ ausspart. Dabei geht es sowohl um Grundnahrungsmittel als auch um arbeitsintensive Kleinbauernprodukte, die von zentraler Bedeutung in der Armutsbekämpfung sind. Agrarpolitische Maßnahmen und Strategien, die der Armuts- und Hungerbekämpfung sowie der Umwelterhaltung und -verbesserung dienen, sollen handelspolitisch nicht hinterfragbar sein. Das Agrarabkommen der WTO muss ergänzt werden durch Regelungen, wie in Knappheitszeiten mit Exportrestriktionen umgegangen werden soll. Diese sind legitim zur eigenen Ernährungssicherung, dürfen aber die Ernährungssicherung von importabhängigen armen Ländern nicht gefährden.

### Zu lange vernachlässigt: die Agrarpolitik der Entwicklungsländer

Viele Entwicklungsländer haben ihre nationale Agrarpolitik über Jahrzehnte vernachlässigt und sind sogar zu Nettonahrungsmittelimporteuren geworden. Die Agrarpolitik der Entwicklungsländer hat nur geringe Spielräume gehabt und wird weiterhin eingeengt durch eine abgestimmte Politik der Geberländer sowie Politikempfehlungen der Weltbank. Eigenständige nationale Modelle der Agrarentwicklung und innovative Projektansätze, die sich besonders um die Förderung der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern kümmern, werden kaum gewagt oder erhalten wenig Unterstützung. Die Geberländer und -organisationen setzen derzeit sehr stark auf privatwirtschaftliche Initiativen, um dem Kapitalmangel für die ländliche Entwicklung zu begegnen. Dem Staat wird dabei oft nur eine flankierende Rolle zugeordnet, etwa, um das Funktionieren der Märkte zu gewährleisten oder als Kooperationspartner für Public-Private-Partnerschaften.

---

### Empfehlung:

Notwendig sind mehr öffentliche Investitionen in die ländliche Infrastruktur, um auch benachteiligten Produzenten faire Möglichkeiten der Marktteilnahme zu eröffnen.



Eine intensive Beratung ist unverzichtbar, wenn die Armut von Kleinbauernfamilien in Afrika überwunden werden soll. Hier wird ein Bauer im angolanischen Dorf Sao Pedro beraten, wie er durch den Anbau von Chili sein Einkommen erhöhen und auf eine breitere Grundlage stellen kann.

### Großer Handlungsbedarf in Afrika

23 von 25 Ländern der Welt mit der größten Ernährungsunsicherheit liegen in Afrika südlich der Sahara. Nach der Unabhängigkeit in den 1960er Jahren war die Agrarpolitik afrikanischer Länder durch eine starke Subventionierung zugunsten billiger Nahrungsmittel für die Verbraucher und Verbraucherinnen und eine selektive Förderung für bestimmte privilegierte Agrarkreise gekennzeichnet. Die meisten afrikanischen Staaten mussten sich dann Anfang der 1980er Jahre aufgrund der hohen Auslandsverschuldung strukturellen Reformen unterziehen. Von den Geldgebern gefordert und durchgesetzt wurden vor allem die Deregulierung der Märkte und die Privatisierung der höchst ineffizienten halbstaatlichen Unternehmen. Doch die versprochenen hohen ausländischen Direktinvestitionen in die afrikanische Landwirtschaft wurden – bis auf wenige Sektoren, meist in der Exportproduktion – nicht getätigt. Ein Hauptgrund war das Ausbleiben der nötigen begleitenden öffentlichen Investitionen zum Beispiel in Straßenbau und Vermarktungsinfrastruktur. Dazu trug wesentlich bei, dass der Anteil der Förderung für die Landwirtschaft am Gesamtvolumen der internationalen Entwicklungshilfe von Mitte der 1980er Jahre von 18 bis 20 Prozent auf unter sieben Prozent im Jahr 2005 schrumpfte. Zusätzlich setzten Importe aus den Überschussbeständen der Industriestaaten der Entwicklung des Binnenmarktes enge Grenzen. Viele afrikanische Länder wurden in ihrer Agrarentwicklung zudem durch nationale politische Un-

ruhen, korrupte und ineffektive Regierungsstrukturen, Bürgerkriege, Naturkatastrophen und Schocks auf den Weltagrarmärkten gestört.

Trotz der neuen Aufmerksamkeit, die die landwirtschaftliche Entwicklung seit Anfang des Millenniums im Rahmen der Armutsbekämpfungsstrategien erhielt, und trotz der Wiederentdeckung des Potenzials des Kleinbauern-tums blieben die Entwicklungsanstrengungen und Erfolge in Afrika weit hinter den Erwartungen zurück. So wird viel Zeit benötigt, um qualifizierte landwirtschaftliche Fachleute auszubilden und die Entschuldungsprogramme für die ärmsten Länder sorgen nur langsam für neue Initiativen. Hinzu kommt, dass die staatlichen Eliten weiterhin Gelder aus Entwicklungsprogrammen vorzugsweise an einflussreiche Wählergruppen und Persönlichkeiten verteilen. So entstand eine kleine Schicht von „progressiven Bauern“, während die Masse der Bauern und Bäuerinnen vom politischen Einfluss und den Vorteilen staatlicher Entwicklungsprogramme weitgehend ausgeschlossen blieb. Erst in jüngster Zeit sind selbstbewusste, unabhängige und starke Bauernbewegungen in Afrika entstanden, die sich konsequent für eigene Interessen einsetzen und die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern vertreten. Auch die Gründung von Nichtregierungsorganisationen, die für das „Empowerment“ der Landbevölkerung sorgen, ist neueren Datums.

---

## Empfehlung:

Die Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung hält es für erforderlich, dass Staaten über regional spezifische Instrumente verfügen, um Marktentwicklungen beeinflussen zu können, die der Ernährungssicherung zuwiderlaufen. Schwächere Marktteilnehmer benötigen vor allem unterstützende öffentliche Investitionen, um unter fairen Bedingungen am Markt teilnehmen zu können. Die Agrarpolitik sollte möglichst viele landwirtschaftliche Produzenten einbeziehen und muss die Teilhabe marginalisierter ländlicher Bevölkerungsgruppen, vor allem von Frauen, besonders berücksichtigen. Die internationalen Geberinnen und Geber sollten den Regierungen der Entwicklungsländer die politischen Entfaltungsmöglichkeiten einräumen, die zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung erforderlich sind. Der Technologietransfer sollte an nachhaltigen Nutzungsformen orientiert sein. Einem schnellen Ausverkauf nationaler Ressourcen an ausländische Unternehmen muss durch eine mutige Politik der Konzessionsvergabe entgegengewirkt werden, die für die Einhaltung von Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards sorgt und das Gemeinwohl im Auge behält.

## Eine nachhaltige Umweltpolitik, die auch den Kleinbauernfamilien nützt

Die Menschheit steht vor der Aufgabe, die Agrarerträge zu erhöhen, sie gerecht zu verteilen und gleichzeitig die Bodenfruchtbarkeit zu erhalten. Agrarexperten und -innen setzen sich für eine Koexistenz einer Vielzahl von umweltgerechten Landbaumethoden ein. Sie plädieren dafür, in widerstandsfähige lokale und kleinbäuerliche Systeme zu investieren, damit traditionelles und wissenschaftliches Wissen in einen fruchtbaren Dialog treten. Dabei muss es unter anderem darum gehen, klimaschädliche Emissionen in die Luft und den Eintrag schädlicher Stoffe in die Böden und in das Grund- und Oberflächenwasser zu vermindern. Länder sollten eine Umweltstrategie für ihre Landwirtschaft entwerfen, die Orientierung auch für alle anderen Politikbereiche wie beispielsweise die Handelspolitik gibt. Es sollte eine breite Mischung von politischen Steuerungsinstrumenten zum Einsatz kommen, unter anderem Umweltsteuern zur Bestrafung umweltschädlicher Maßnahmen und Subventionen für spezielle Umweltleistungen. Dafür müssen private und öffentliche Investitionen in eine umweltgerechte Landwirtschaft massiv erhöht werden.

---

## Empfehlung:

Um die Ernährung der Menschen auch in Zukunft zu sichern, hält die Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung einen Paradigmenwechsel hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft und einer umweltverträglichen Ernährungsweise für erforderlich. Besondere Bedeutung kommt dabei dem Erhalt der Bodenfruchtbarkeit zu. In einem agrarökologischen Systemansatz sind nachhaltige Bodenbewirtschaftungsformen, biologischer und systemischer Pflanzenschutz, Integration der Tierhaltung in den Ackerbau, Fruchtwechsel und Zwischenfrüchte, Verbesserung des traditionellen Saatguts und effizienterer und sparsamerer Umgang mit der kostbaren Ressource Wasser wichtig.

Dabei gilt es, die Bedürfnisse von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zu berücksichtigen, vor allem durch gesicherte Landrechte, Mikrokredite und staatliche Vorgaben für Konzepte der kollektiven und betriebsindividuellen Verbesserung der Landnutzung. Ein wesentlicher Aspekt ist die Beratung von Bäuerinnen und Bauern beim Übergang zu angepassten Landbewirtschaftungsmethoden, die das traditionelle Wissen einbezieht und eine starke Partizipation der Landbevölkerung ermöglicht. Gleichzeitig müssen die Investitionen in die landwirtschaftliche Forschung und Entwicklung erheblich gesteigert werden. Ein Ziel aller Initiativen muss es sein, die natürliche biologische Vielfalt sowie die Agrobiodiversität zu erhalten, damit für die zukünftige Züchtung ein vielfältiger Genpool zur Verfügung steht.

## Schritte zu einer klimaresilienten und klimafreundlichen Landwirtschaft

Die Klimapolitik steht vor gewaltigen Herausforderungen. In den Industrieländern muss der Energiesektor so umgebaut werden, dass bis 2030 40 bis 60 Prozent der Primärenergie aus erneuerbaren Energien stammen. Gleichzeitig ist eine drastische Verminderung des globalen Energieverbrauchs unverzichtbar. Auch aufstrebende Wirtschaftsmächte wie China, Indien und Brasilien sind hier gefordert. Sie stehen vor der Aufgabe, das nicht nachhaltige Paradigma nachholender, ressourcenintensiver Entwicklung durch ein neues Leitbild abzulösen. Ziel muss es sein, allen Menschen die Chance auf ein „gutes Leben“ zu eröffnen, ohne die Umwelt zu zerstören. Die Weltwirtschaft und die Landwirtschaft haben sich bislang noch nicht den Herausforderungen des Klimawandels gestellt. So wurde die Landwirtschaft in der EU

bislang fast vollständig von allen Klimaverpflichtungen ausgeklammert. Erst in der gegenwärtigen Förderperiode 2014-2020 werden Klimaschutzziele für die Agrarpolitik stärker berücksichtigt.

Es ist unstrittig, dass die klimaschädlichen Emissionen aus der Landwirtschaft und aus den damit verbundenen Landnutzungsänderungen zurückgehen müssen, während gleichzeitig die Produktion erhöht werden muss. Große Agrarkonzerne propagieren hierfür unter dem Stichwort „Climate Smart Agriculture“ Methoden wie das Einarbeiten von fein granulierter Holzkohle zur Anreicherung des Bodens mit CO<sub>2</sub> oder den Verzicht auf das Pflügen der Äcker. Darauf reagieren viele Entwicklungsländer, kleinbäuerliche Organisationen und Hilfswerke kritisch, weil sie befürchten, dass hiervon nur große Unternehmen profitieren, während für Kleinbauern die Risiken überwiegen.

Besonders groß ist die Kritik an allen Bestrebungen, Emissionsminderungen in der Landwirtschaft in den internationalen Emissionshandel einzubinden. Bisher können Emissionsminderungen in Entwicklungsländern nicht auf Emissionsminderungspflichten in Industrieländern im Rahmen des Clean Development Mechanism

---

## Clean Development Mechanism für Biogasanlagen in Indien

In Indien führen mehrere Nichtregierungsorganisationen, die in der ländlichen Entwicklung tätig sind, mit finanzieller und technischer Unterstützung von Brot für die Welt Projekte zum Bau von Biogasanlagen durch. Es ist gelungen, sie als „Clean Development Mechanism“-Projekte registrieren zu lassen. Es sind Projekte, an deren Planung und Durchführung lokale, in Basisgruppen organisierte Familien beteiligt sind. Diese Basisorganisationen überprüfen über die Projektdauer die Nutzung der Biogasanlagen und damit die dauerhafte Vermeidung von Treibhausgasemissionen, die durch traditionelle Holzöfen entstanden wären. Für diese Einsparungen erhalten die Basisorganisationen Emissionszertifikate, die sie verkaufen können. Die Verkaufserlöse fließen nach Abzahlung der Investitionskosten für den Bau der Biogasanlagen an die Bauernfamilien. Um so weit zu kommen, war allerdings ein enormer Aufwand notwendig. Die 5.000 kleinen Biogasanlagenprojekte, mit denen Brot für die Welt zusammenarbeitet, werden erst nach sieben Jahren Gewinne abwerfen.

(CDM) angerechnet werden, sieht man von Biogasprojekten ab. Sollte sich dies im Rahmen eines neuen internationalen Klimaabkommens ändern, könnte das dazu führen, dass verstärkt solche Anbaumethoden und Sorten gefördert werden, mit denen sich in kürzester Zeit viele Kohlenstoffzertifikate generieren lassen. Demgegenüber würde das Ziel, auf nachhaltige Weise vielfältige Nahrungsmittel zu produzieren, vernachlässigt werden. Darüber hinaus handelt es sich bei der „Climate Smart Agriculture“ um eine gefährliche Scheinlösung, welche die dringend benötigte Energiewende unterminieren könnte. Böden binden nämlich Kohlenstoff nur für eine begrenzte Zeit und nicht Jahrtausende, wie dies ungenutzte fossile Ressourcen im Erdreich tun.

Die Verminderung der landwirtschaftlichen Treibhausgasemissionen erfordert die Erhöhung der Kohlenstoffspeicherfähigkeit in den Böden, die Reaktivierung von Nährstoffkreisläufen, die Reduzierung von Kunstdünger und Pestiziden, die nachhaltige Nutzung von Biomasse als saubere Energiequelle, die Reduzierung von Ernte- und Nahrungsmittelverlusten und Nahrungsmittelverschwendung sowie eine Umstellung auf eine Ernährungsweise mit sehr viel weniger tierischen Proteinen. Verknüpft damit ist eine agrarökologische Agrarwende, die auch zur Sicherstellung der Welternährung beiträgt. Neben der Verminderung der klimaschädlichen Emissionen steht die Menschheit vor der Aufgabe, möglichst rasch und möglichst umfassend Anpassungsmaßnahmen an die nicht mehr zu vermeidenden Folgen des bereits begonnenen Klimawandels umzusetzen. In zahlreichen Entwicklungsländern - vor allem in Afrika - ist diese Anpassung nur zu leisten, wenn die reichen Länder neben finanzieller Unterstützung auch Wissen bereitstellen, vor allem auf den Gebieten Technologietransfer, Innovationsförderung in der Agrarforschung und Ausbau der Agrarberatung. Nötig ist gleichzeitig der Aufbau von Versicherungssystemen, damit sich auch die Kleinbauernfamilien in Risikogebieten gegen Ernteausfälle und Elementarschäden versichern können.

---

## Empfehlung:

Die Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung hält eine systematische Ausrichtung der landwirtschaftlichen Produktion an agrarökologischen Prinzipien für erforderlich. Die Tierhaltung muss hinsichtlich Futtermittel und Gülleaustrag an die verfügbare Fläche angepasst werden. Erforderlich ist auch, den integrierten Pflanzen- und Bodenschutz mit dem Ziel der Reduzierung der

---

## Ein Projekt der Klimaanpassung in Bangladesch

Bangladesch ist durch den Meeresspiegelanstieg, zunehmende Versalzung, Hochwasser, die Verschiebung der Erntezeiten und tropische Wirbelstürme außerordentlich stark vom Klimawandel betroffen. In dem extrem dicht besiedelten Land wird eine sehr intensive Landwirtschaft mit zwei bis drei Ernten pro Jahr betrieben. Daher ist der Klimawandel eine große Bedrohung für die Landbevölkerung und die Ernährungssicherung.

Anpassungsmaßnahmen bilden einen Schwerpunkt der Arbeit von Brot für die Welt mit zahlreichen Partnern in diesem Land. Die Christian Commission for Development (CCDB) hat ein „Leuchtturmprojekt“ gegen den Klimawandel mit gemeinsamer Förderung von Diakonie Katastrophenhilfe und Brot für die Welt begonnen. Die Arbeit, die auf zwölf Jahre angelegt ist, verfolgt das Ziel, besonders schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen in Brennpunktregionen des Klimawandels dabei zu unterstützen, Klimafolgen zu bewältigen, extreme Armut zu überwinden und in Würde zu leben. Integraler Bestandteil des Konzeptes ist eine umfängliche Klimarisikoaanalyse, die zusammen mit den Betroffenen durchgeführt wird. Deren Ergebnisse befähigen die Bevölkerung, den

Anpassungsbedarf genau zu bestimmen und geeignete Maßnahmen einzuleiten.



Nur noch in Holzbooten kann man sich nach heftigen Monsunen in den überfluteten Regionen von Bangladesch bewegen. Zu den Folgen des Klimawandels gehört es, dass in dem südasiatischen Land die Extremwetterereignisse häufiger und heftiger auftreten.

---

Treibhausgasemissionen zu optimieren und die Funktion von natürlichem Grünland als Senke für CO<sub>2</sub> weltweit zu verbessern. In den internationalen Klimaverhandlungen muss eine landwirtschaftliche Klimaschutz- und Klimaanpassungsagenda verankert werden. Sie muss sich am Menschenrecht auf angemessene Ernährung sowie den spezifischen Problemen und Fähigkeiten von Kleinbauern- und Kleinfischerfamilien orientieren. Nötig ist hierfür eine Erhöhung der Mittel für die Förderung einer kohlenstoffarmen und klimarobusten Landwirtschaft.

### Verstärkte Landwirtschaftsförderung in der Entwicklungspolitik

Um die Landwirtschaft und die ländlichen Räume stärker zu fördern, ist seit der Ernährungskrise 2007/2008 die technische und die finanzielle Zusammenarbeit wieder ausgebaut worden. Sie muss weiter verstärkt werden, um mit integrierten Konzepten den Hunger zu bekämpfen, eine wachsende Bevölkerung mit mehr einheimischen Nahrungsmitteln zu versorgen und die Abhängigkeit von den Schwankungen der Weltagarmärkte zu reduzieren. Die Bundesregierung hat ihr Engagement für die ländli-

che Entwicklung und die Verbesserung der Ernährungssicherung seit 2008 ausgebaut und diesen Bereich zu einem Schwerpunkt ihres internationalen Entwicklungsengagements gemacht. Mit der Anfang 2014 lancierten Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“ knüpft die neue Leitung des BMZ an diese Schwerpunktsetzung an. Für Ernährungssicherung und ländliche Entwicklung soll zukünftig jährlich mindestens eine Milliarde Euro bereitgestellt werden. Strittig sind nach wie vor die Strategien und Maßnahmen, die verfolgt werden sollen, um diese Ziele zu erreichen. Das BMZ betont in seinem Maßnahmenpaket stärker die wirtschaftlichen als die armutsorientierten Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit. Mit dem Anliegen, die leistungsfähigen kleinbäuerlichen Familienbetriebe mit Marktpotenzial in die Wertschöpfungsketten der Agrar- und Ernährungswirtschaft zu integrieren, droht der spezifische Bedarf der Mehrheit der von Armut und Hunger gefährdeten bäuerlichen Familien aus dem Blick zu geraten. Für eine wirkungsvolle Armutsbekämpfung wären beispielsweise Ausbildungsinvestitionen und Kapazitätsbildungsprogramme vor allem für Frauen, die in der Landwirtschaft tätig sind, sowie sozialpolitische Programme sinnvoll.



Vier von fünf Menschen auf der Welt fehlt eine soziale Grundsicherung. Besonders Frauen und Kinder - wie hier in Bangladesch - benötigen eine Unterstützung bei Krankheit oder Unfällen.

In den Vereinten Nationen gibt es einen Konsens, Hunger und Armut bis zum Jahr 2030 vollständig überwinden zu wollen. Diese Ziele sind in den neuen, für alle Länder geltenden Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals), die von den Vereinten Nationen im September 2015 verabschiedet wurden, enthalten. Die bisherigen Millenniums-Entwicklungsziele sahen lediglich eine Halbierung des Anteils der Armen und Hungernden an der Bevölkerung bis 2015 vor.

### Empfehlung:

Die Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung ist überzeugt, dass die Verbesserung der Ernährungssicherung die herausragende Aufgabe der Landwirtschaftsförderung ist. Durch die Förderung einer nachhaltigen, agrarökologischen und armutsreduzierenden bäuerlichen Landwirtschaft im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit kann dies am besten erreicht werden. Die staatliche Politik im Bereich der ländlichen Entwicklung muss sich zentral an den Menschenrechten, insbesondere dem Recht auf Nahrung, orientieren und vor allem arme Kleinbauern und Kleinbäuerinnen und andere marginalisierte Gruppen unterstützen. Der Zugang zu und die ökologisch nachhaltige Nutzung von natürlichen Ressourcen wie Land und Wasser bilden die Grundlage der landwirtschaftlichen Produktion für Kleinbauern

und Kleinbäuerinnen. Die Entwicklungszusammenarbeit kann eine zentrale Rolle bei der Schaffung und Wahrung eines gerechten Zugangs zu diesen Produktionsgrundlagen spielen.

### Schritte zur Verwirklichung des Rechts auf soziale Sicherheit

Wo das Überleben tagtäglich gefährdet ist, verfehlen einkommensschaffende Maßnahmen ihre Wirkung. Die herkömmlichen Strategien der Armutsbekämpfung bedürfen daher der Ergänzung durch Systeme der sozialen Sicherung vor individuellen Lebensrisiken wie Krankheit, Erwerbslosigkeit oder natürlichen wie sozialen Katastrophen. In dem Maße, in dem traditionelle soziale Solidaritätsnetze und Überlebensstrategien in vielen Entwicklungsländern zerfallen, wird der Aufbau staatlicher sozialer Sicherungssysteme noch wichtiger. Das gilt besonders für die ärmsten und besonders verletzlichen Gruppen wie chronisch Kranke, Ältere, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen, alleinstehende Frauen und Kinder. Insgesamt sind rund 80 Prozent der Weltbevölkerung nicht hinreichend gegen Lebensrisiken wie Krankheit, Unfall oder Erwerbslosigkeit abgesichert. Bei der Forderung nach einer sozialen Grundsicherung geht es um eine Verwirklichung des Rechts auf soziale Sicherheit in Artikel 22 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.



Sozialer Sicherheit kommt eine entscheidende Rolle für die Verbesserung des Zugangs zu Nahrung zu. Erfolgreiche Beispiele wie das Programm Brasil sem Miséria (siehe Kasten) belegen, wie es mit einem überschaubaren finanziellen Aufwand des Staates durch gezielte sozialpolitische Maßnahmen und die Förderung der ländlichen Räume gelingen kann, Armut und Hunger deutlich zu reduzieren. Ein nachhaltiges System der sozialen Sicherheit schützt nicht nur vor Verarmungsrisiken, sondern kann auch zu mehr Verteilungsgerechtigkeit beitragen.

### Empfehlung:

Die Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung empfiehlt, den Aufbau universeller und öffentlich verantworteter sozialer Sicherungssysteme weltweit zu verstärken und zu fördern. Das ist in erster Linie eine Verantwortung der nationalen Regierungen. Länder, die dies nicht hinreichend realisieren können, sollten dabei unterstützt werden – ebenso beim Auf- und Ausbau effektiver Steuersysteme mit progressiven Steuersystemen. Bei der Umsetzung sozialer Sicherungssysteme ist ein Augenmerk auf die Situation besonders armer und diskriminierter Bevölkerungsgruppen zu legen. Insbesondere Frauen



Städtische Schulspeisung im Kindergarten in São Lourenço, Brasilien. 89 Prozent der hier angebotenen Nahrungsmittel kommen aus Kooperativen der Brot-für-die-Welt-Partnerorganisation CAPA.

muss besser als bisher Zugang zu sozialer Sicherheit gewährt werden.

## Brasilien ohne extreme Armut

Mit dem Ziel, Hunger und extreme Armut zu überwinden, startete die brasilianische Regierung unter dem damaligen Präsidenten Lula da Silva 2003 ein Programm unter dem Titel „Fome Zero“ (Null Hunger). Dieses ambitionierte und 2011 erweiterte Maßnahmenpaket (Brasil sem Miséria) verknüpft die Verbesserung des Zugangs zu Nahrungsmitteln mit der Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Obwohl Brasilien genügend Nahrungsmittel erzeugt, um seine Bevölkerung zu ernähren, bleibt Millionen Brasilianerinnen und Brasilianern der Zugang zu Nahrung verwehrt, weil sie nicht genügend Geld haben, sie zu kaufen, und nicht genügend Produktionsmittel, um sie anzubauen. Das Programm Brasil sem Miséria soll Geringstverdienern einen besseren Zugang zu gesunden Nahrungsmitteln ermöglichen. Ne-

ben direkten Einkommenstransfers an fast 50 Millionen Menschen wird die von Hunger bedrohte Bevölkerung kostenlos oder zu subventionierten Preisen mit Nahrungsmitteln versorgt.

Bei den Schulspeisungsprogrammen ist festgelegt, dass mindestens 30 Prozent der verwendeten Nahrungsmittel aus landwirtschaftlichen Familienbetrieben beschafft werden. Dies hat der kleinbäuerlichen Landwirtschaft einen bedeutenden neuen Markt erschlossen, und auch von anderen Ernährungsprogrammen profitieren die lokalen Kleinbauern. Durch die Verbindung von kleinbäuerlicher Landwirtschaft und lokalem Verbrauch werden regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt, Familienbetriebe in den Markt einbezogen und von Hunger bedrohte Familien mit gesunden Nahrungsmitteln versorgt.

# Die Verantwortung der Akteure im Agrar- und Ernährungssektor

## Internationale Zusammenarbeit für Hungerbekämpfung und Agrarförderung stärken und reformieren

In der Welternährungskrise 2007/2008 ist sichtbar geworden, wie schwach die internationalen politischen Steuerungs- und Koordinierungsstrukturen („Global Governance“) im Bereich Welternährung und Weltagrarentwicklung über lange Zeit waren. Die Welternährungsorganisation FAO konnte keine schnelle Unterstützung koordinieren, weil sie das Ausmaß der Krise nicht vorhergesehen hatte und ihr die Legitimität fehlte, die Akteure auf internationaler Ebene zu vereinen und zu motivieren. Das Hochschnellen der Hungerzahlen auf über eine Milliarde Menschen war eine so dramatische Entwicklung, dass danach die Bereitschaft wuchs, eine zentrale Steuerungs- und Koordinierungsinstitution für akute Krisen einzurichten. Hierzu erhielt der bestehende Welternährungsausschuss (Committee on World Food Security, CFS) ein neues Mandat: Er soll seither nicht nur die Arbeit der UN-Organisationen, sondern auch das Engagement anderer Organisationen wie der Weltbank, bilateraler Geber der Entwicklungszusammenarbeit, nichtstaatlicher Organisationen und der Privatwirtschaft koordinieren. Dies gelingt allerdings nicht immer, weil Organisationen wie die Weltbank ein Interesse daran haben, selbst eine Schlüsselrolle bei der internationalen Ernährungssicherung zu übernehmen. Auch wächst die Zahl von eigenständigen Initiativen der Privatwirtschaft. Der Welternährungsausschuss muss deshalb politisch an Gewicht gewinnen, anerkannt und gestärkt werden, damit alle Akteure in Hungerkrisen ihre Hilfe besser koordinieren und aufeinander abgestimmte Konzepte verwirklichen.

Die größte Bedeutung für eine Verbesserung der Ernährungssicherung kommt nach wie vor den Nationalstaaten selbst zu. Sie sind dafür verantwortlich, welche Politik für den ländlichen Raum verfolgt wird, welche Durchsetzungskraft rechtsstaatliche Verfahren haben und welche Prioritäten im Rahmen der nationalen Agrarpolitik verfolgt werden. Internationale Faktoren können allerdings die Bedingungen der nationalen Politik erheblich beeinflussen, beispielsweise in der Außenwirtschaftspolitik, bei der Festlegung von Zöllen sowie bei Subventionen. Dabei wird leicht die Verantwortung für Probleme auf die jeweils Anderen geschoben. Opfer von Menschenrechtsverletzungen erleben deshalb in einem

solchen Verweissystem oft eine „organisierte Verantwortungslosigkeit“.

Als zentrale Prinzipien einer „Partnerschaft auf Augenhöhe“ gelten eine breite Partizipation der Zivilgesellschaft, die Eingliederung von Geberleistungen in die selbstverantworteten Programme der Partner sowie die gegenseitige Rechenschaftspflicht von Geberinnen und Gebern sowie Nehmerinnen und Nehmern. Das wird in der Praxis zunehmend erprobt und erfolgreich angewendet. Bisher nicht befriedigend gelungen ist die Einschränkung des Einflusses der Lebensmittelspekulation auf die Ernährungssicherung. Regulatoren und Marktbeteiligte sollten die Spekulation mit Nahrungsmitteln begrenzen, beispielsweise durch die Einführung von Positionslimits und einer Finanztransaktionssteuer auch auf den Rohstoffterminhandel.

Die Einforderung der Menschenrechte wie des Rechts auf angemessene Nahrung bietet die Chance, die Verantwortlichkeiten der verschiedenen Akteure präzise zu benennen und damit Lösungsmöglichkeiten für Konfliktsituationen zu finden. Die Nationalstaaten sind verpflichtet, sich zuerst und besonders für benachteiligte Gruppen einzusetzen. So wird es im Bereich der Agrarinvestitionen nötig sein, dass Investoren klare Vorgaben erhalten und für deren Einhaltung zur Verantwortung gezogen werden können. Die Regierungen selbst sind aufgefordert, die verfügbaren Ressourcen bevorzugt für besonders benachteiligte Gruppen und zur Erhöhung von deren Einkommen einzusetzen.

Die Verpflichtungen aus den Menschenrechten betreffen auch die internationalen Auswirkungen von Agrar- bis Außenwirtschaftspolitik, zum Beispiel im Bereich der Fischerei. Eine solche Verantwortung entsteht auch aus UN-Beschlüssen und internationalen Verträgen. Zur Welternährung sind dies vor allem das neue globale Entwicklungsziel, bis 2030 den Hunger ganz aus der Welt zu schaffen (SDG 2) und die im Juni 2011 im UN-Menschenrechtsrat verabschiedeten Leitprinzipien zum Thema Wirtschaft und Menschenrechte. Unternehmen sollen mit der gebotenen Sorgfalt sicherstellen, dass eigene Aktivitäten nicht zu Menschenrechtsverletzungen beitragen.

---

## Empfehlung:

Die Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung plädiert für eine Stärkung des Welternährungsausschusses (CFS) der Vereinten Nationen. Sowohl die Weltbank als auch die G7-Staaten sollten die Führungsrolle des CFS in Fragen der Sicherung der Welternährung anerkennen und nicht durch unabgestimmte eigene Initiativen konterkarieren. Um Parallelstrukturen in der „Global Governance“ zu überwinden, sollte langfristig unter dem Dach der Vereinten Nationen ein „Global Council für soziale, ökologische und wirtschaftliche Fragen“ eingerichtet werden, der weltweit eine menschenrechtsbasierte nachhaltige Entwicklung vorantreibt.

## Mehr Kohärenz in der Politik der Europäischen Union

Politische Entscheidungen, die von den europäischen Staaten auf nationaler oder EU-Ebene getroffen werden,

können erhebliche Auswirkungen auf die Welternährungslage und die Ernährungssicherheit der Entwicklungsländer haben. Doch die angemessene politische Bearbeitung dieser Fragen wird durch die Verteilung der Zuständigkeiten auf unterschiedliche EU-Behörden behindert. Nichtregierungsorganisationen, die in Europa für internationale Gerechtigkeit eintreten, berufen sich in dieser Debatte vor allem auf das Kohärenzgebot. Es ist in Artikel 208 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU festgehalten und besagt, dass bei der Durchführung politischer Maßnahmen, die sich auf die Entwicklungsländer auswirken können, die Union den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit Rechnung trägt. In der Praxis sind die anderen EU-Generaldirektionen allerdings sehr viel mächtiger als das Entwicklungsressort. Hinter deren Anliegen stehen starke nationale Eigeninteressen und einflussreiche Interessensgruppen. Zudem verpflichtet die Formulierung der Kohärenzverpflichtung „Rechnung tragen“ zu nichts. Meist beschränkt man sich darauf, in internationale Regulierungen Sonderparagrafen einzufügen, die den Entwicklungsländern beschränkte Ausnahmen gestatten. Oder es wird die Förderung ein-

---

## Kohärenzdefizite am Beispiel der Geflügelproduktion in Westafrika

In dem vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit entworfenen G8-Rahmenkonzept für Benin ist die Entwicklung der lokalen Geflügelproduktion vorgesehen. Ein Unternehmen in Benin hat sich in diesem Rahmen verpflichtet, seine Investitionen in die Geflügelproduktion zu erhöhen, um den eigenen, auf 75 Tonnen Produktion ausgelegten, Geflügelschlachthof besser auszulasten. Angesichts von über 130.000 Tonnen tiefgefrorenem Geflügelfleisch, die aus der EU jährlich nach Benin exportiert werden, stellt sich aber die Frage, wie erfolgreich diese Initiative sein kann. Im benachbarten Nigeria ist geplant, einen Geflügelbetrieb aufzubauen, der eine Produktionskapazität von einer Million Tieren im Jahr erreichen soll. Gleichzeitig werden aber etwa 100.000 Tonnen Geflügelfleisch mit europäischem Ursprung über Benin nach Nigeria geschmuggelt und bedrohen dort massiv die lokale Produktion. Ein nachhaltiger Aufbau der Geflügelproduktion in Westafrika und eine Verbesserung der Ernährungssitua-

tion der lokalen Produzenten erfordern eine langfristige und gut abgestimmte Rückzugsstrategie der europäischen Geflügelfleischexporteure.



Auf den westafrikanischen Märkten werden große Mengen von Hähnchenresten angeboten, die die EU zu Dumpingpreisen verkauft. Die Folge ist eine Verdrängung einheimischer Anbieter von Hühnerfleisch.

heimischer Kapazitäten in Aussicht gestellt, was der konsequenten Verfolgung der Eigeninteressen der EU kaum im Wege steht.

Die Ziele der europäischen Agrarpolitik sind auf die Eigenbelange der Agrar- und ländlichen Entwicklung in den EU-Mitgliedsländern ausgerichtet und nicht auf die Bewältigung der globalen Herausforderungen der Menschheit. Die starke Weltmarktintegration der EU-Landwirtschaft, insbesondere der hohe Importbedarf der EU-Landwirtschaft für Futtermittel und die übermäßigen Exporte zum Beispiel von Hühnerrestteilen, haben aber erhebliche Auswirkungen auf die Ernährungssicherung in den Entwicklungsländern.

Die EU spielt bei internationalen Verhandlungen und Regelwerken eine konstruktive Rolle. Hilfreich ist beispielsweise die „Everything but Arms-Initiative“, mit der die EU ihre Agrarmärkte für die 48 ärmsten Länder fast vollständig geöffnet hat. Auch hat sich die EU für die Freiwilligen Leitlinien der FAO zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung und zur Landpolitik eingesetzt. Bei den Klimaverhandlungen und den Verhandlungen zur Biodiversität ist die EU offen für Anliegen der Entwicklungsländer. Aber sie zeigt dabei weder Führungsstärke noch einen klaren politischen Willen. In anderen Verhandlungssträngen dagegen verfolgt die EU unnachgiebig ökonomische Eigeninteressen. Außerdem ist die gemäßigte Handelsliberalität bei Präferenzabkommen kein Ausgleich für Schädigungen, die von der EU zum Beispiel als offensiver Agrarexporteur ausgehen.

---

### Empfehlung:

Die Kammer für nachhaltige Entwicklung hält es für erforderlich, dass sich die EU-Agrarpolitik am Leitbild einer ökologisch nachhaltigen, multifunktionalen und vielfältigen Landwirtschaft ausrichtet. Die Europäische Union kann so ihrer Verantwortung gegenüber den Erzeugerinnen und Erzeugern, Verbraucherinnen und Verbrauchern in der EU, aber auch in den Entwicklungsländern nachkommen. Dazu gehört unter anderem, dass sich Direktzahlungen an die europäischen Landwirtinnen und Landwirte nicht handelsverzerrend auswirken dürfen. Ebenso müssen Sicherheit und Qualität der Lebensmittel in der EU gewährleistet werden, ohne Kleinproduzenten in Entwicklungsländer durch ungerechtfertigte Standards, die als Handelshemmnisse genutzt werden, aus den Märkten zu drängen. Die EU sollte auf Exportoffensiven und Dumpingmethoden verzichten,

wenn hiervon Entwicklungsländer betroffen sind. Sie sollte alles unterlassen, was die Ernährungssouveränität und die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung in den Entwicklungsländern behindert. Dazu gehört, die Energiewende in der EU so zu gestalten, dass nicht massiv auf die Produktion von Biomasse in Entwicklungsländern zurückgegriffen wird.

### Der Weg der deutschen Bundesregierung zu einer abgestimmten Politik in Fragen der Welternährung

Nicht nur die EU, auch die Bundesrepublik Deutschland steht in der Pflicht, mehr Verantwortung für die weltweite Ernährungssicherung zu übernehmen. Im Jahr 2000 hat sich Deutschland zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele und damit zur Reduzierung von extremer Armut und Hunger in der Welt bis zum Jahr 2015 verpflichtet. Und Deutschland stimmt auch den neuen nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) zu, die unter anderem eine vollständige Überwindung des Hungers bis 2030 vorsehen. Aber leider ist die Bekämpfung des Hungers innerhalb der Bundesregierung in besonderer Weise von fehlender Kohärenz betroffen. So ist die Zahl der Ressorts, deren Handeln sich auf dieses Arbeitsfeld auswirkt, sehr groß. Kurzfristig muss wenigstens erreicht werden, im Rahmen der vorhandenen Strukturen durch entsprechende Mechanismen die Kohärenz im Interesse der Entwicklung zu verbessern.

Das BMZ sollte Armutsbekämpfung, Ernährungssicherung und Agrarentwicklung für den eigenen Geschäftsbereich als Querschnittsaufgabe definieren. Ein weiterer wichtiger Schritt wäre getan, wenn das Bundeslandwirtschaftsministerium die internationale Verantwortung der deutschen und der europäischen Agrarpolitik anerkennt und dem in der eigenen Prioritätensetzung Rechnung trägt. Die Agrarpolitik der EU und der Mitgliedsländer muss regelmäßig auf ihre Auswirkungen auf die Welternährung überprüft werden. Das gilt besonders für den Export von Fleisch und verarbeiteten Lebensmitteln sowie die Nutzung von Industriepflanzen.

---

### Empfehlung:

Die Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung setzt sich dafür ein, dass die Bundesregierung Armutsbekämpfung, Ernährungssicherung und Agrarentwicklung als ein übergeordnetes und prioritäres Ziel benennt.



Auf dieser Plantage im Süden Tansanias baut ein südafrikanischer Konzern Zuckerrohr an. In Afrika werden große fruchtbare Landflächen von ausländischen Investoren aufgekauft oder langfristig gepachtet, um Pflanzen wie Zuckerrohr oder Jatropha anzubauen, die für die Gewinnung von Agrotreibstoffen verwendet werden. Die Agrarflächen fehlen dann der einheimischen Bevölkerung für den Anbau von Nahrungsmitteln zur eigenen Ernährungssicherung.

Durch die Definition von Zielhierarchien und von Abstimmungsmechanismen mit allen beteiligten Ressorts können danach noch auftretende Zielkonflikte ausgetragen und Inkohärenzen überwunden werden. Die Kammer begrüßt, dass die Bundesregierung in den letzten zehn Jahren eine konstruktive Rolle bei der Unterstützung der internationalen Anerkennung und Verankerung des Rechts auf angemessene Nahrung gespielt hat. Nun ist eine konsequente Umsetzungspolitik erforderlich. Die Bundesregierung sollte sich für die Eindämmung der Spekulation mit Nahrungsmitteln einsetzen und darauf hinwirken, im Rahmen der gemeinsamen Agrar- und Fischereipolitik der EU alle noch bestehenden handelsverzerrenden Agrarsubventionen abzuschaffen. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit sollte einen Schwerpunkt auf das Thema Ernährungssicherheit und die Stärkung der Fähigkeit der Regierungen zur Umsetzung einer nachhaltigen Landwirtschaftspolitik legen.

### Die Ernährungswirtschaft zwischen Landgrabbing und verantwortungsbewusstem Handeln

Die Investitionen in ländliche Entwicklung und Agrarentwicklung steigen seit einigen Jahren deutlich an. Ein bedeutender Anteil davon wird durch ausländische Di-

rektinvestitionen der Privatwirtschaft aufgebracht. Aber auch der Bedarf an öffentlichen Investitionen ist sehr hoch, weil die Infrastruktur in ländlichen Räumen oft sehr schlecht ist. Dies betrifft Straßen und Transportmöglichkeiten ebenso wie zum Beispiel Investitionen in die Agrarberatung, Veterinärdienste und Saatgutversorgung sowie eine funktionierende staatliche Infrastruktur von Landkatasterämtern bis hin zu Polizei und Justiz. Die öffentlichen Investitionen haben besonders für benachteiligte Produzenten wie Kleinbauernfamilien eine große Bedeutung.

Mit dem Wachstum von Auslandsinvestitionen seit 2008/2009 nehmen auch die Probleme zu. Ausländische Investoren erhalten häufig ungerechtfertigte Steuer- und Zollprivilegien, die den Wettbewerb mit einheimischen Firmen verzerren. Sie missbrauchen oft ihre politische Macht in den Gastländern, um die nationalen Gesetze so zu beeinflussen, dass sie „investitionsfreundlicher“ sind. Die FAO berichtet, dass von den in einer Studie untersuchten 1.000 Gesetzesänderungen in neun ausgewählten Ländern 94 Prozent ein Entgegenkommen gegenüber ausländischen Anlegern beinhalteten.

Positive sozioökonomische Wirkungen von Auslandsinvestitionen hängen unter anderem von der Fähigkeit der Gastländer ab, Rahmenbedingungen festzulegen, die

Einhaltung der Gesetze durchzusetzen und die Verträge mit den Unternehmen sorgfältig auszugestalten. Auch müssen die Unternehmen bereit sein, ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft des Gastlandes wahrzunehmen. Erforderlich sind daneben eine starke nationale Regierungsführung sowie ein hoher Organisationsgrad und eine wirkungsvolle Verhandlungsmacht der einheimischen Arbeiter und Arbeiterinnen und Zulieferer. Dies ist besonders dann nötig, wenn ausländische Unternehmen die gesamte Wertschöpfungskette im Lebensmittelbereich vom Saatgut über die Anbaumethoden bis zum Erntegut und den verarbeiteten Nahrungsmitteln kontrollieren.

### **Wenn ausländische Konzerne große Ländereien erwerben**

Zunehmend erwerben ausländische Firmen landwirtschaftliche Flächen und nutzen dabei unklare Landbesitzrechte aus. Sie verdrängen lokale Bäuerinnen und Bauern und bauen eine Plantagenwirtschaft auf, die nur wenig mit dem Binnenmarkt verbunden ist. Nicht zuletzt wegen der Landvertreibungen und anderer Formen von Menschenrechtsverletzungen wurden 2012 im Welternährungsausschuss „Freiwillige Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern im Kontext von Ernährungssicherung“ einstimmig beschlossen. Sie formulieren Mindeststandards für Investitionen und stellen Regeln für Enteignungen, Entschädigungen und Agrarreformen auf. Außerdem beschreiben sie Standards guter Regierungsführung von der Preisfeststellung bis hin zur Landverwaltung. Dabei geht es auch darum, wie die Partizipation der Betroffenen sichergestellt und die Diskriminierung beim Zugang und bei der Verwaltung von Land vermieden werden können. Thematisiert wird zum Beispiel, wie traditionelle und informelle Nutzungsrechte beachtet, die Rechte indigener Völker angemessen berücksichtigt und Korruption vermieden wird.

Die positivsten Entwicklungseffekte haben Auslandsinvestitionen, die Kleinbauern in ihr Geschäftsmodell einbeziehen, indem sie sich von ihnen beliefern lassen, aber ihnen die Kontrolle über ihre Betriebe und ihr Land nicht nehmen. Große Firmen lassen sich auf solche Geschäftsmodelle ein, weil ein eigener Landerwerb schwierig sein kann, sie die risikoreiche Primärproduktion lieber einheimischen Kleinbauern überlassen möchten, die Familienbetriebe arbeitsintensive Produktionsverfahren billiger ausführen, die Regierungen darauf bestehen oder die Firmen Investitionskapital sparen wollen. Für die einheimischen Kleinbauernfamilien ist die Beteiligung attraktiv, weil sie einen gesicherten Absatz haben, mit

den nötigen Betriebsmitteln versorgt werden und unternehmerische und technische Beratung erhalten. Es ist allerdings ein aufwendiger und zeitraubender Prozess, bis eine Erzeugergemeinschaft gut organisiert und geschult ist. Auch kommt es immer wieder zu Konflikten zwischen Unternehmen und Kleinbauernfamilien. Damit Vertrauen entsteht, bedarf es meist einer neutralen dritten Instanz wie einer Nichtregierungsorganisation, die in der Anfangsphase als Vermittler tätig wird.

### **Selbstverpflichtungen und Menschenrechtspflichten**

International tätige Unternehmen haben begonnen, durch firmeneigene Verhaltenskodizes freiwillige Selbstverpflichtungen einzugehen. Diese enthalten Zusagen für die Einhaltung von Menschenrechten, Arbeitsnormen und Umweltschutz. Selten allerdings beinhalten solche Verhaltenskodizes die Selbstverpflichtung, darauf hinzuwirken, dass direkte wie indirekte Zulieferer existenzsichernde Löhne zahlen und nicht nur die gesetzlich festgelegten Mindestlöhne, die oft sehr niedrig sind und keine Ernährungssicherheit schaffen. Als Orientierung für freiwillige Leitlinien können staatliche Vorgaben, international anerkannte Standards wie die Menschenrechtspakte sowie die ILO-Kernarbeitsnormen dienen. Mit den OECD-Leitsätzen für die Tätigkeit multinationaler Unternehmen existiert ein Instrument, das über eine Freiwilligkeit hinausgeht. Die in der OECD zusammengeschlossenen Industriestaaten haben in Verbindung mit den Leitsätzen einen Beschwerdemechanismus installiert. Bei Verstößen gegen die in den Leitsätzen enthaltenen Standards können von Betroffenen sowie Organisationen der Zivilgesellschaft Beschwerden eingereicht werden. Dann erfolgt eine Untersuchung durch den nationalen Beschwerdemechanismus und bei einer Erhärtung der Vorwürfe ein Schlichtungsverfahren.

Um der Vielfalt der Ansätze und Initiativen ein gemeinsames Dach zu geben, hat der damalige UN-Generalsekretär 1999 einen „Global Compact“ mit Unternehmen geschaffen. Weltweit haben sich inzwischen 7.000 Unternehmen zur Einhaltung international anerkannter Standards verpflichtet. Es wurden zehn Prinzipien formuliert, von denen sich sechs auf die Achtung und Einhaltung von Menschenrechten und Kernarbeitsnormen beziehen. Eine Überprüfung oder Sanktionsgewalt kennt der „Global Compact“ nicht. Immerhin bietet er der Zivilgesellschaft und den Medien eine Handhabe, um Nachhaltigkeitsleistungen der beteiligten Unternehmen einzufordern.

Eine Erweiterung und Stärkung hat die Debatte zur Achtung von Menschenrechten mit der Verabschiedung der

UN-Leitprinzipien zu Wirtschaft und Menschenrechten bekommen. Die Leitprinzipien heben menschenrechtliche Verpflichtungen der Staaten hervor. Diese müssen sicherstellen, dass Unternehmen sich an international vereinbarte Menschenrechtsnormen halten. Aber auch die Unternehmen selbst sind dafür verantwortlich, dass die Menschenrechte geachtet werden. Sie müssen dies bei all ihren Aktivitäten entlang der Wertschöpfungskette überprüfen, inklusive aller Zulieferbeziehungen.

Daneben sind im Agrar- und Ernährungsbereich in den letzten zwei Jahrzehnten zahlreiche Produkt- und Produktionsstandards entstanden, die eine wachsende Bedeutung für landwirtschaftliche Produzenten haben. Dazu zählen die Standards der globalen Nahrungsmittelindustrie und der Supermarktketten, an die sich auch Lieferanten in Entwicklungsländern halten müssen. Parallel dazu gibt es Zertifizierungsverfahren, die besondere Produktqualitäten hervorheben und diese durch entsprechende Etikettierung transparent machen. Ethisch orientierte Verbraucher können so für soziale oder ökologische Sonderleistungen freiwillig mehr zahlen. Ein Beispiel dafür ist das Fair-Trade-Siegel. Dessen Standards erfordern allerdings teilweise erhebliche Investitionen der Produzenten in betriebliche Umstellungen, Weiterbildung, Zertifizierung, Kontrolle und Dokumentation, was viele ärmere Kleinbauernfamilien überfordert. Leichter kann die Siegelung über Genossenschaften erfolgen, die beispielsweise im Bereich von Kaffee und Kakao bestehen. Der Beitrag von Standard-Programmen zur Armutsbekämpfung ist allerdings insgesamt begrenzt.

### Empfehlung:

Nach Auffassung der Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung kann privaten Investitionen in den Agrar- und Ernährungsbereich der Entwicklungsländer eine wichtige Rolle bei der Ernährungssicherung zukommen. Zentral ist allerdings die Investitionstätigkeit der hunderte Millionen bäuerlicher Familienbetriebe. Ausländische Direktinvestitionen sind zu befürworten, wenn sie sich an grundlegenden Prinzipien verantwortlicher Unternehmensverantwortung halten und existenzsichernde Löhne in ihren Lieferketten garantieren. So sollten die Unternehmen sich für eine glaubwürdige Umsetzung der Leitprinzipien der Vereinten Nationen engagieren. Auch das OECD-Beschwerdeverfahren zu den Leitsätzen für multinationale Unternehmen kann eine große Bedeutung haben, sollte aber verbessert werden.

### Weniger, anders und besser konsumieren

Es ist umstritten, in welchem Maß Konsumentinnen und Konsumenten mit ihrem Nachfrageverhalten die Produktion und die Politik bestimmen. Die einen sind der Auffassung, dass durch eine „Politik mit dem Einkaufskorb“ gezielt Einfluss auf Nahrungsmittelangebot und Produktionsbedingungen genommen werden könne. Für andere entsteht erst durch ein entsprechendes „Angebot“ bei vielen Konsumenten und Konsumentinnen das Bewusstsein für alternative Konsummöglichkeiten. In jedem Fall ermöglicht ein breiter gesellschaftlicher Konsens zu nachhaltigem Konsum die erforderlichen Entscheidungen auf politischer und unternehmerischer Ebene. Die Politik muss Aspekte wie Verbraucher- und Umweltschutz, globale Gerechtigkeit und Klimabelastung berücksichtigen und in Regeln und Standards umsetzen.



Durch den Kauf regionaler Produkte, zum Beispiel in einem Hofladen, können Konsumentinnen und Konsumenten zur Verminderung von Warentransporten über große Entfernungen unter hohem Energieaufwand beitragen.



Beim Einkauf sollten soziale und ökologische Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

Der neue Ernährungsstil kann mit den Schlagworten „weniger-anders-besser“ zusammengefasst werden: „Weniger“ bedeutet, den Ressourcenverbrauch zu reduzieren. Dies beginnt bei der sorgfältigen Planung des eigenen Bedarfs. Ein wichtiger Hebel ist auch die Verminderung des Konsums von Fleisch-, Wurst- und Milchprodukten, die einen hohen Ressourceneinsatz erfordern. „Weniger“ kann sich auch auf weniger verpackte Ware, weniger lange Einkaufs- und Transportwege sowie weniger Energieaufwand für die Herstellung und Lagerung von Fertigprodukten beziehen.

„Anders“ bedeutet, bei der Auswahl von Lebensmitteln auch Nachhaltigkeitsaspekte zu berücksichtigen und zum Beispiel ökologisch produzierte Lebensmittel sowie Produkte aus der Region entsprechend der Jahreszeit einzukaufen. Zum „anders“ gehört auch der Konsum von Produkten aus dem Fairen Handel. Er sichert bessere Handelsbedingungen sowie faire Preise bzw. faire Bezahlung für Produzentinnen und Produzenten, Arbeiterinnen und Arbeiter, Bäuerinnen und Bauern und achtet auf die Einhaltung ihrer sozialen Rechte.

„Besser“ bedeutet ein Mehr an Genuss und Gesundheit, zum Beispiel dadurch, dass auf die Qualität und die Herstellungsbedingungen geachtet wird. Es geht aber auch um die Wiederentdeckung der regionalen Küche und deren lokaler Produktion. Mit einer höheren Wertschätzung der Nahrungsmittel kann sich eine andere Esskultur etablieren. Leider wird die Einsicht in die Notwendig-

keit, das eigene Konsumverhalten zu verändern, bisher nicht unbedingt in ein entsprechendes Kaufverhalten umgesetzt. Dabei beträgt der Mehrpreis von Lebensmitteln in ökologischer Qualität lediglich 10 bis 20 Prozent. Gegenwärtig deckt der nachhaltige Konsum nur einen kleinen Marktanteil ab. Der Bioanteil am gesamten Lebensmittelmarkt betrug im Jahr 2013 nur 3,9 Prozent.

Dass die höheren Kosten für nachhaltig erzeugte Nahrungsmittel nicht unbedingt zu einer teureren Ernährung führen, legen zum Beispiel die Erfahrungen der Evangelischen Akademie Bad Boll nahe. Dort kann die Preisdifferenz durch sparsames Wirtschaften und einen höheren Anteil unverarbeiteter Nahrungsmittel sowie weniger Fleisch nahezu aufgewogen werden. Es ist jedoch keine einfache Aufgabe, sich über ökologische, faire und gesunde Lebensmittel zu informieren. Relativ leicht fällt das noch bei der Wahl von Produkten aus der örtlichen Landwirtschaft. Schwieriger ist es bei Kriterien wie Umweltschutz und Tierwohl, Vermeidung von Kinderarbeit, Klimaneutralität und fairen Preisen. Bisher gibt es kein Label und keine Zertifizierung für nachhaltige Nahrungsmittel, die alle Kriterien berücksichtigen.

### Empfehlung:

Die Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung ist überzeugt, dass Verbraucherinnen und Verbraucher durch verantwortungsvollen Konsum und eine nachhaltige, gesunde Ernährungsweise zu einer Entwicklung in Richtung nachhaltiger Ernährung beitragen können. Insbesondere sind ein verringerter Konsum von Fleisch- und Milchprodukten und der Kauf von saisonalen Lebensmitteln aus der Region anzustreben. Durch eine sorgfältigere Planung des Bedarfs kann das Wegwerfen von Lebensmitteln drastisch reduziert werden. Eine nachhaltige Ernährungsweise sollte durch Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit gefördert werden.

Der Gesetzgeber muss darauf hinwirken, dass öffentliche Beschaffungen konsequent an Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtet werden. Eine Kopplung der Vergabe öffentlicher Aufträge an die Einhaltung höchster ökologischer und menschenrechtlicher Standards hätte eine rasche und erhebliche Wirkung. Auch sollte die Bundesregierung sich dafür einsetzen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher durch eine bessere Kennzeichnung leichter nachhaltige Produkte erkennen können. Außerdem sollte die Bundesregierung gemeinsam mit den anderen EU-Regierungen durch politische Maßnahmen sicherstellen,



dass Nahrungsmittelpreise die tatsächlichen Kosten ihrer Produktion, einschließlich der ökologischen Kosten, widerspiegeln. Die Bundesregierung sollte verschiedene Optionen prüfen, um auch mit steuerlichen Maßnahmen einen nachhaltigen Konsum zu fördern, zum Beispiel mit einem reduzierten Mehrwertsteuersatz für ökologisch erzeugte Lebensmittel. Ebenso gilt es, den ökologischen Landbau zu fördern.

## Die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Stimme

Für die deutsche Zivilgesellschaft besteht eine wichtige Aufgabe darin, nationale und regionale Landwirtschafts- und Ernährungsthemen mit den globalen Welternährungsfragen zu verknüpfen. Damit können Verständnis und Druck für die notwendigen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen aufgebaut werden. Eine wichtige Aufgabe der internationalen Zivilgesellschaft wird darin bestehen, jeder Instrumentalisierung der Hungerfrage für die Legitimierung nicht nachhaltiger Agrar- und Entwicklungsmodelle entschieden entgegenzutreten.

In verschiedenen Netzwerken und Aktionsbündnissen wie „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ und „Meine Landwirtschaft“ arbeiten bereits unterschiedlichste gesellschaftliche Gruppen, von bäuerlichen Organisationen über Umwelt- und Entwicklungsverbänden bis hin zu Verbraucherorganisationen, erfolgreich zusammen. Dadurch gelang es in den letzten Jahren, internationale Themen in die deutsche Debatte um Fleischproduktion und die Reform der europäischen Agrarpolitik einzubringen. Auch politische Entscheidungsträger in den Regionen sollten noch stärker in die Verantwortung genommen werden, damit es zu einem wirkungsvolleren Einsatz für die Sicherung der Welternährung kommt.

Die deutsche Zivilgesellschaft sollte sich auch mit Fragen der Armut vor allem in Süd- und Osteuropa auseinandersetzen. Die Thematisierung der innereuropäischen Armutproblematik fördert in ganz Europa die Sensibilität für die globale Dimension von Welternährungsfragen und eine nachhaltige Politik. In ihrer agrar- und entwicklungspolitischen Lobbyarbeit sollte die deutsche Zivilgesellschaft den Druck auf Bundesregierung und Europäische Kommission weiter erhöhen, damit die EU ihren Einsatz für Hungerbekämpfung und Welternährung verstärkt und der Entwicklungspolitik einen höheren Stellenwert einräumt als wirtschaftlichen Eigeninteressen. Auch in anderen Teilen der Welt hat sich eine starke Zi-

vilgesellschaft zu Welternährungsfragen etabliert. Durch die Welternährungskrise 2007/2008 wurde deutlich, dass die mit Landwirtschafts- und Ernährungsfragen befassten Organisationen der Vereinten Nationen aufgrund institutioneller Schwächen sehr unkoordiniert arbeiten. Daher ist es im Interesse der UN-Institutionen, auch mithilfe der Zivilgesellschaft ihre eigene Rolle wieder zu stärken. Dies könnte durch die Wiederbelebung und Reformierung des Welternährungsausschusses (CFS) erreicht werden. Dort hat die Zivilgesellschaft inzwischen Mitsprachemöglichkeiten.

Die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Stimme in Agrar- und Ernährungsfragen ist auch auf den wachsenden politischen Einfluss von Kleinbauernorganisationen zurückzuführen, die sich überwiegend in der weltweiten Kleinbauerninitiative „La vía campesina“ organisieren. Ihre politische Leitidee ist Ernährungssouveränität, ein Konzept, das darauf zielt, dass bäuerliche Gruppen selbstbestimmt eine agrarökologische Landwirtschaft praktizieren können, die ihnen ihre Existenz sichert. Die Stärkung von Kleinbauernorganisationen ist auch im Sinne der Kirchen und ihrer Werke, die sich gemeinsam mit ihren Partnerorganisationen in aller Welt als Teil der internationalen Zivilgesellschaft begreifen. Durch die Unterstützung und Entwicklung eigener Projekte auf der Mikroebene fördern sie alternative Entwicklungsmodelle und helfen Armutgruppen, sich zu organisieren, ihre Rechte zu erkämpfen und ihr Selbsthilfepotenzial zu stärken.

---

## Empfehlung:

Die Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung empfiehlt, dass sich die Zivilgesellschaft in Deutschland verstärkt dafür engagiert, in Öffentlichkeit und Politik den Zusammenhang von Fragen der Welternährung mit Fragen des Klimawandels, der landwirtschaftlichen Produktionsmethoden, der internationalen Warenströme und des Lebensstils zu vermitteln. Auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene müssen zivilgesellschaftliche Vertreterinnen und Vertreter an politischen Prozessen beteiligt werden. Dabei ist ein besonderer Fokus auf die Beteiligung der Betroffenen zu legen. Staatliche und kirchliche Träger der Entwicklungszusammenarbeit sollten der Förderung und Stärkung von Zivilgesellschaft im Süden (wie dem Aufbau von Bauernorganisationen, Indigenen-Vertretungen, Frauenbewegungen) und ihrer internationalen Vernetzung eine hohe Priorität beimessen, damit die Menschen ihre Interessen selbst vertreten können.

# Verantwortung und konkretes Handeln der Kirchen

Land und Ernährung sind im Leben der Kirche zentrale Themen. Bauern und Landarbeiter haben schon immer das Leben der Kirche mit geprägt. Heute sind Bauern und Bäuerinnen in ländlich geprägten Gemeinden weiterhin Stützen des kirchlichen Lebens. Und auch in Stadtgemeinden gehört das Erntedankfest zu den bestbesuchten Gottesdiensten, weil Menschen bewusst ist, wie elementar sie davon abhängig sind, dass neben ihrer Arbeit die Natur mitspielt, damit das Land seine Früchte tragen kann.

Bauern und Bäuerinnen stehen bei uns (wie weltweit) oft unter starkem ökonomischen Druck. Häufig wird von ihnen die Klage erhoben, dass das gesellschaftliche Verständnis für die ökonomischen Sachzwänge, denen die hiesige Landwirtschaft unterliegt, zu gering sei. Daher ist der gesellschaftliche Dialog über die Vor- und Nachteile moderner Produktionsmethoden unerlässlich. Die Kirche ist aufgerufen, diesen Dialog zu unterstützen, wie er bereits vom Evangelischen Dienst auf dem Lande (EDL) in den Landeskirchen erprobt wird. Um ein realistischeres Bild von modernen Produktionsmethoden, Tierhaltungsformen sowie ökonomischen Zwängen zu bekommen, haben sich Betriebsbesuche sowohl von konventionell arbeitenden als auch von Bio-Höfen bewährt. Dies kann im Rahmen der Bildungsarbeit für Kinder, Jugendliche oder Erwachsenen geschehen. Die kirchlichen



Bauernfamilien in Deutschland beklagen immer wieder, dass in der Gesellschaft zu wenig wahrgenommen wird, unter welchem ökonomischen Druck sie stehen und welchen Beitrag sie zur Ernährung der Bevölkerung und zur Bewahrung ländlicher Räume leisten.

Entwicklungswerke organisieren Dialoge zwischen Bauern aus Nord und Süd, um einen Perspektivwechsel einzuüben und deutlich zu machen, dass kleinere bäuerliche Familienbetriebe sowohl im Süden als auch im Norden oft unter erheblichem Druck stehen.

## Die Kirchen als Orte alternativer Praxis

Die folgenden Leitgedanken zur agrar- und ernährungspolitischen Verantwortung der Kirchen und zum Handeln kirchlicher Akteure sind aus der biblisch geprägten Glaubensgeschichte erwachsen:

- Einsatz für Ernährungssicherheit: „Unser tägliches Brot gib uns heute“
- Option für die Armen: „Was ihr einem dieser meiner geringsten Brüder getan habt ...“
- Einsatz für das Recht auf Nahrung: „Der Herr schafft den Armen Recht“
- Schutz der Gemeingüter: „Die Erde ist des Herrn“
- Nachhaltige Agrarpolitik: „Die Schöpfung bewahren und bebauen“
- Ethik des Genug: „Was hilft es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne?“

Diese Maßstäbe muss die Kirche auch für sich selber anlegen. Es gibt hierzu auf allen kirchlichen Handlungsebenen zahlreiche Möglichkeiten und Aktionsprogramme. Zu nennen sind zum Beispiel der Faire Handel, das ökumenische Projekt für nachhaltige Beschaffung in Kirche und Diakonie/Caritas „Zukunft einkaufen“ oder die EMAS- und „Grüner Hahn/Gockel“-Zertifizierungen. Insgesamt jedoch steht die Verbindlichkeit nachhaltigen Handelns der Kirche (nicht nur) im Blick auf ihren Beitrag für eine nachhaltige Sicherung der Welternährung immer noch am Anfang.

So notwendig politische Forderungen der Kirche sind, so wichtig ist aus kirchlicher Sicht die Einübung eines nachhaltigen Lebensstiles. Auf diesem Weg helfen weder moralische Appelle noch die Intensivierung von Bildungsarbeit. Hier hilft nur, dass die Kirche Agentin der Nachhaltigkeit wird, indem sie nachvollziehbare Beispiele alternativer Praxis schafft („Lebe so, dass man dich fragt“). Die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 2014 hat in Busan (Südkorea) einen weltweiten Ökumenischen Pilgerweg des Friedens und der Gerechtigkeit initiiert. Nun gilt es auch für die EKD-Gliedkirchen, sich auf einen Pilgerweg zu begeben. Sie können

## Kirche und Landwirtschaft im Dialog?

Ein Zwischenruf von Dr. Clemens Dirscherl, Beauftragter der EKD für agrarsoziale Fragen

„Wer ackert für das täglich Brot? Wir Bauern. Und was ist der Dank von unserer Kirche: Vorwürfe und Unterstellungen!“ Mit diesem Zitat eines Bauern bei einer Podiumsveranstaltung werden die Empfindungen von weiten Teilen landwirtschaftlicher Bevölkerung kurz und prägnant zum Ausdruck gebracht. Die bäuerlichen Familien stehen unter erheblichem Druck.

Preislich: Die Erlöse der Milch- und Schweinebauern sind nicht kostendeckend. Die Ursachen sind vielfältig. Wegbrechen der Exporte nach Russland und China, dadurch steigende Mengen auf den Märkten und folglich fallende Preise - nicht zuletzt verschärft durch einen knallharten Preisdruck des Lebensmitteleinzelhandels. Politisch: Nach wie vor gilt als Leitbild europäischer Agrarpolitik eine am Weltmarkt ausgerichtete wettbewerbsfähige, aber eben auch nachhaltige multifunktionale Landwirtschaft. Wie dieser Spagat widersprüchlicher Erwartungen gelingen soll, bleibt das Geheimnis europäischer Agrarbürokratie. Einerseits kostengünstige Produktion landwirtschaftlicher Güter in Konkurrenz zu USA, Kanada, Brasilien, Neuseeland oder Australien mit ihren ganz anderen Agrarstrukturen und Klimazonen; andererseits dies unter der Maßgabe von europäischen Umwelt- und Tierschutzstandards sowie dem Erhalt traditioneller Kulturlandschaften. Die bäuerlichen Familien fühlen sich zwischen diesen Widersprüchen in ihrer persönlichen, aber auch betrieblichen Existenz zerrieben. Öffentlich: Seit geraumer Zeit erlebt sich die landwirtschaftliche Praxis zunehmend an den gesellschaftlichen Pranger gestellt. Aktuell steht das Thema Tierschutz ganz oben. Ob Hühner, Puten, Schweine oder Kühe - ein Anlass findet sich bestimmt, kritisch über die landwirtschaftliche Tierhaltung zu berichten. Auch zum Artenschutz, Umweltschutz, Klimaschutz, Bodenschutz, Wasserschutz, Pflanzenschutz oder Landschaftsschutz lassen sich tatsächliche oder vermeintliche Gefahren aufdecken. Bei so vielen Schutzansprüchen erscheint die Landwirtschaft als Bedrohungspotential.

Und dann kommt auch noch „die Kirche“, der man gerade auf dem Lande noch sehr verbunden ist, und fordert eine „Agrar- und Ernährungswende“. Die Bauern fühlen sich in ihrer beruflichen und betrieblichen Existenz bedroht. Die Gesamtheit und Lautstärke des Trommelfeuers aus Politik, Medien, Verbänden und eben auch Kirche scheint sich zunehmend gegen die Landwirtschaft in ihrer heutigen Praxis zu richten. Man vermisst Differenziertheit und konkreten Praxisbezug sowie den Blick auf das real Machbare auf den Höfen unter den gegebenen Bedingungen von Politik, Märkten und ganz besonders des Verbraucherverhaltens.

„Alles öko“ - schön wär's, aber weder Politik noch Verbraucher noch Kirche ticken so. Ökologische Landwirtschaft als Leitbild von Schöpfungsbewahrung liest sich gut in kirchlichen Verlautbarungen. Doch das Leitbild kommt aus der Nische nicht heraus. Nach wie vor sind deutsche Verbraucher die Billigmichel, wenn es ums Essen geht: Gerade 11,3 Prozent gibt der durchschnittliche Haushalt gegenwärtig für Lebensmittel aus. Die Discounter profilieren sich mit „sündhaft“ billigen Rabattschlachten.

Solche Widersprüche lassen bei Bauern Frust, Enttäuschung, ja auch Wut und Ärger hoch kommen. Eine Agrar- und Ernährungswende auf Kosten der bäuerlichen Höfe - das macht Angst und Sorgen, gerade auch für den landwirtschaftlichen Nachwuchs. Tag für Tag, Woche für Woche, das ganze Jahr über, morgens und abends im Stall, um für das Vieh zu sorgen, Arbeit bis spät in die Nacht, auch samstags; und in Erntespitzen sogar sonntags. Da werden dann Stellungnahmen, die aus der akademisch distanzierten Position des Schreibtisches in TVÖD-Absicherung verfasst wurden und die landwirtschaftliche Welt erklären, misstrauisch bis skeptisch wahrgenommen. Wenn dann beim kirchlichen Gemeindefest Steaks und Würste nicht vom lokalen Metzger aus heimischer Schlachtung, sondern vom Großmarkt besorgt werden und die kirchlichen Verwaltungsstellen beim Lebensmitteleinkauf den roten Stift ansetzen, um Kosten einzusparen, kommt noch größeres Misstrauen auf, weil Wein gepredigt und Wasser getrunken wird.

Ja, die Welt ist kompliziert, und die Welt der globalen Agrar- und Ernährungsmärkte erst recht. Diese Komplexität zu behandeln, ohne die reale Arbeits-, Wirtschafts- und Lebenssituation der bäuerlichen Bevölkerung zu berücksichtigen - und zwar nicht nur derer in Süd, sondern auch derer bei uns - das blockiert den dringend erforderlichen Dialog zwischen Kirche und Landwirtschaft.

Was tut Not? Pfarrer und Ehrenamtliche, geht raus auf die Höfe, besucht die bäuerlichen Familien als Gemeindeglieder und fragt, wo der Schuh drückt. Ladet Bäuerinnen und Bauern zu Vorträgen in Kirchengemeinden, zu Diskussionen bei Podiumsveranstaltungen ein; beteiligt sie an Debatten um die Zukunft einer schöpfungsbewahrenden und eben auch sozial verträglichen Landwirtschaft.

Zwar bleiben die Ansichten auch weiterhin oftmals kontrovers, aber die Bereitschaft, auf Augenhöhe miteinander zu reden, lässt vielleicht Fronten abbauen und Verständnis für die Meinung des Gegenübers entstehen.

dabei einüben, wie der Einsatz für ein Leben in Fülle für alle, eine Ethik des Genug und ein Leben in Frieden mit der ganzen Schöpfung in unserem Lebensalltag konkret Gestalt gewinnen. Dafür muss die Kompetenz für nachhaltiges Handeln in allen Bereichen der kirchlichen Aus-, Fort- und Weiterbildung entdeckt, entwickelt und integriert werden.

### **Kirchliches Engagement für Umkehr, eine grundlegende Neugestaltung von Landwirtschaft und Ernährung sowie ein Leben des „Genug“**

Christinnen und Christen sind aufgerufen, in ökumenischer Zusammenarbeit und mit großer Fehlertoleranz Modelle alternativen Handelns zu entwickeln und zu erproben. Das erfordert auch veränderte Prioritäten kirchlichen Handelns: Fragen der Nachhaltigkeit sind zentral für unsere christliche und kirchliche Identität.

### **„Unser tägliches Brot gib uns heute“: Gebet und Information**

Das Vaterunser verbindet Christinnen und Christen überall auf der Welt jeden Tag neu. In der Bitte um das tägliche Brot machen sie sich bewusst, dass weltweit viele Menschen vom Zugang zu ausreichender Ernährung ausgeschlossen bleiben. In der Fürbitte treten die Gemeinden für die ein, die von Hunger und Mangelernährung bedroht sind.

### **„Was ihr einem dieser meiner geringsten Brüder getan habt ...“: Verkündigung und Dialog**

Durch den ökumenischen Austausch sind wir wieder darauf gestoßen worden, dass Gott in Christus Partei ergriffen und sich auf die Seite derer gestellt hat, die in ihrer Gesellschaft ausgegrenzt waren. Die „Option für die Armen“ ist ein durchgehendes Motiv für christliche Verkündigung und Bildungsarbeit.

### **„Der Herr schafft den Armen Recht“: Unterstützung und Advocacy**

Die evangelischen Gemeinden spenden seit 200 Jahren für die „fernen Nächsten“ in Not. Leider ist es auch in einer Zeit, in der weltweit Nahrung im Überfluss vorhanden ist, noch notwendig, Mittel für die Ärmsten bereitzustellen. Die Aktionen der Missions- und Entwicklungswerke werden auf absehbare Zeit benötigt werden für akute Nothilfe und langfristige Aufbauprojekte. Die Kirchen unterstützen die internationalen Bemühungen, damit das „Recht auf Nahrung“ für alle überall Wirklichkeit wird.

### **„Die Erde ist des Herrn“: Gemeingüter und kirchliches Pachtland**

In Partnerschaften mit Kirchen in Lateinamerika, Afrika, Asien und Ozeanien gewinnt die Frage der Gemeingüter an Gewicht. Im Süden der Welt würde ganzen Kulturen die Lebensgrundlage entzogen, wenn Land und Boden zum Eigentum Einzelner werden sollten. Überall auf der Welt haben biologische Vielfalt, sauberes Wasser oder die Luft zum Atmen Priorität vor erworbenen Eigentumsrechten. Die Kirche, die überzeugt ist, dass letztlich Gott der Eigentümer und wir nur Treuhänder und Nutznießer der ganzen Schöpfung sind, kann in ihrer internationalen Verbundenheit ein solches Nachdenken mit anschieben.

Kirchliche Ländereien müssen so bewirtschaftet werden, dass die natürlichen Ressourcen und die Bodenfruchtbarkeit erhalten und schädliche Umwelteinflüsse vermindert werden. Hierzu gehören Aspekte wie die Erhaltung der biologischen Vielfalt, die Reduzierung des Einsatzes von Pestiziden und eine angepasste Düngung.

### **„Die Schöpfung bebauen und bewahren“: Schöpfungszeit, Erntedank und Konsum**

Im Erntedankfest verweisen Christinnen und Christen auf Gott als den Geber der guten Gaben, auf diejenigen Menschen, die mit ihrer Arbeit dazu beitragen, dass der Tisch gedeckt werden kann, und auf die Bedeutung einer intakten Umwelt, damit gedeihen kann, was wir zum Überleben benötigen. Die ökumenische Bewegung zur Feier einer Schöpfungszeit vom 1. September bis 4. Oktober eines jeden Jahres unterstützt dieses Anliegen.

### **„Was hilft es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne?“: Fasten**

Für Umkehr und eine grundlegende Neugestaltung der eigenen Lebensweise kann die Fastentradition hilfreiche Anstöße geben. Viele gläubige Menschen reduzieren für eine bestimmte Zeit ihre Nahrungsaufnahme, um an Körper und Seele die Erfahrung zu machen, dass sie endlich sind und dass ihre Existenz gefährdet ist. Sie machen sich zugleich bewusst, dass Verzicht zugleich Gewinn sein kann, weil Besitz auch belastet. Ebenso erfahren sie, dass in der Beschränkung der Blick für die wesentlichen Dinge frei werden kann. Kirchliche Aktionen, die das Fasten propagieren, können dazu beitragen, dass in der Mitte der Gesellschaft die Debatte über eine „Ethik des Genug“ und über das „gute Leben für alle“ voran gebracht wird.

### **Handeln der Christinnen und Christen**

Die Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung ruft auf zur Beteiligung am Ökumenischen Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens. In allen Gemeinden, kirchlichen Strukturen und Werken sollte unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien gewirtschaftet werden. Dabei soll der Bereich Ernährungssicherung und Agrarentwicklung gezielt in den Fokus genommen werden.

Diejenigen, die Gottesdienst- und Unterrichtsmodelle erstellen, predigen und unterrichten, sollen immer wieder bewusst machen, dass christliche Kirche und Verkündigung im Dienst der „Frohen Botschaft für die Armen“ stehen. Das gehört zur Essenz christlichen Glaubens. Die Internet-Plattform „nachhaltig predigen“ gibt Anregungen, wie die Themen Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der Verkündigung einen Platz finden können.

Die EKD, ihre Gliedkirchen und Werke sollten sich dafür einsetzen, dass die gerichtliche Durchsetzbarkeit des Menschenrechtes auf Nahrung endlich international anerkannt wird. Es müssen wirkungsvolle menschenrechtliche Instrumente geschaffen werden, die die juristische Auseinandersetzung mit jenen Konzernen und Regierungen ermöglichen, die Menschen den Zugang zum Recht auf Nahrung faktisch verwehren. Das Recht auf Nahrung muss auch im Blick auf den Schutz der Gemeingüter international anerkannt werden. Über ihre Entwicklungswerke unterstützt die Kirche Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die keine rechtlich verbindlichen Landrechtstitel besitzen. Projektpartner der Kirchen treten in vielen Ländern gegen Landgrabbing und für Landreformen ein, wenn Eigentumsverhältnisse extrem ungerecht sind.

Kirchliche Ländereien müssen so bewirtschaftet werden, dass die natürlichen Ressourcen und die Bodenfruchtbarkeit erhalten und schädliche Umwelteinflüsse reduziert werden. Besondere ökologische Leistungen von Betrieben wie Ökolandbau oder Naturschutz sollten bei der Vergabeentscheidung für Pachtland honoriert werden. Das Ausbringungsverbot für Klärschlamm sowie ein Anbauverbot für gentechnisch veränderte Pflanzen auf Kirchenland sind wichtige Bestandteile kirchlicher Pachtverträge. Auch bei der Pflege kirchlicher Grünanlagen sind ökologische Kriterien zu beachten. In Kindergärten kann durch das Anpflanzen von Obst und Gemüse die pädagogische Arbeit mit gesunder Ernährung verknüpft werden.

In ihrem eigenen Konsumverhalten kann die Kirche Einfluss darauf nehmen, dass die natürlichen Ressourcen nicht übernutzt werden. Kirchengemeinden können dazu beitragen, ein geschärftes gesellschaftliches Bewusstsein für den Wert von Nahrungsmitteln und Ressourcen zu schaffen, indem sie beispielsweise bei Gemeindefesten und Freizeiten sorgsam mit Nahrungsmitteln umgehen. Ethische Konsum-Leitlinien müssen von den Kirchen aktiv in die Diskussion eingebracht werden. Dazu gehört auch, die absolute Höhe des Konsums zu thematisieren und in Frage zu stellen. Kirchliche Einrichtungen können als Großverbraucher eine beachtliche Wirkung auf Nahrungsmittelmärkte ausüben. Sie sind auch Vorbild für den Konsum ihrer Kirchenmitglieder. Die kircheneigenen Kindergärten und Kindertagesstätten können dabei früh ansetzen und mit den Eltern zusammenwirken. Der Umgang mit kirchlichen Geldanlagen ist an Kriterien der Nachhaltigkeit auszurichten. Die EKD-Gliedkirchen tätigen in beträchtlichem Umfang Geldanlagen. Sie sollten die Nachhaltigkeitskriterien für ein ethisches Investment beachten und Agrarrohstoff-Zertifikate nicht in ihre Geldanlagen aufnehmen.

Die EKD-Gliedkirchen sollten Familien, Kindergärten und Schulen darin bestärken, am Tischgebet festzuhalten und es dort, wo es aufgegeben wurde, wieder einzuführen. Auch wenn nicht viele Worte gemacht werden, bezeugen die Betenden, dass es nicht selbstverständlich ist, dass wir täglich gut zu essen bekommen. Im Tischgebet danken wir Gott, dass er zur Verfügung stellt, was uns nährt. Wir danken zugleich all denen, die mit dem Werk ihrer Hände dazu beitragen, dass Essen auf unserem Tisch steht. Wir rufen uns beim Tischgebet auch in Erinnerung, dass Hunger und Knappheit den Alltag vieler Menschen bestimmen. Nicht zuletzt ist das tägliche Gebet eine stetige Mahnung, dass wir die ökologischen Zusammenhänge nicht zerstören dürfen, die Wachstum und Gedeihen auf dem Feld ermöglichen.

# Literaturempfehlungen zur Vertiefung

## Allgemeine Informationen

Bündnis Entwicklung Hilft (2015): WeltRisikoBericht 2015.

Evangelische Kirche in Deutschland (2015): Unser tägliches Brot gib uns heute. Neue Weichenstellung für Agrarentwicklung und Welternährung. Eine Studie der Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung. EKD-Texte 121, Hannover:

[www.ekd.de/EKD-Texte/ekdtext\\_121.html](http://www.ekd.de/EKD-Texte/ekdtext_121.html)

Englisch: [www.ekd.de/english/download/ekdtext\\_121\\_agricultural\\_development\\_and\\_global\\_food\\_security.pdf](http://www.ekd.de/english/download/ekdtext_121_agricultural_development_and_global_food_security.pdf)

Evangelische Kirche in Deutschland (2013): Kundgebung der 11. Synode der EKD, Düsseldorf. Es ist genug für alle da – Welternährung und Landwirtschaft; [www.ekd.de/synode2013/beschlusse/s13\\_beschluss\\_kundgebung.html](http://www.ekd.de/synode2013/beschlusse/s13_beschluss_kundgebung.html)

Evangelische Kirche in Deutschland (2012): Die Erde ist des Herrn und was darinnen ist. Biopatente und Ernährungssicherung aus christlicher Perspektive. EKD-Texte 115, Hannover; [www.ekd.de/EKD-Texte/ekdtext\\_115.html](http://www.ekd.de/EKD-Texte/ekdtext_115.html)

Evangelische Kirche in Deutschland (2011): Leitfaden für ethisch nachhaltige Geldanlage in der evangelischen Kirche, 2. Auflage; [www.ekd.de/download/ekd\\_texte\\_113\\_2013](http://www.ekd.de/download/ekd_texte_113_2013)

Evangelische Kirche in Deutschland (2011): Leitlinien für eine multifunktionale und nachhaltige Landwirtschaft. Zur Reform der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU, EKD Texte 114, Hannover; [www.ekd.de/download/ekd\\_texte\\_114.pdf](http://www.ekd.de/download/ekd_texte_114.pdf)

Evangelische Kirche in Deutschland (2009): Umkehr zum Leben. Nachhaltige Entwicklung im Zeichen des Klimawandels. Eine Denkschrift des Rates der EKD, Gütersloh; [www.ekd.de/download/klimawandel.pdf](http://www.ekd.de/download/klimawandel.pdf)

Evangelische Kirche in Deutschland (2000): Ernährungssicherung und Nachhaltige Entwicklung. EKD-Texte 67, Hannover; [www.ekd.de/download/ekd\\_texte\\_95.pdf](http://www.ekd.de/download/ekd_texte_95.pdf)

Evangelische Kirche in Deutschland (1984): Landwirtschaft im Spannungsfeld, zwischen Wachsen und Weichen, Ökologie und Ökonomie, Hunger und Überfluß. Hannover; [www.ekd.de/EKD-Texte/44609.html](http://www.ekd.de/EKD-Texte/44609.html)

Evangelische Kirche in Deutschland/Deutsche Bischofskonferenz (2003): Neuorientierung für eine nachhaltige Landwirtschaft. Gemeinsame Texte 18, Hannover/Bonn; [www.ekd.de/EKD-Texte/44662.html](http://www.ekd.de/EKD-Texte/44662.html)

FAO (2015): The State of Food Insecurity in the World 2015; [www.fao.org/hunger/en/](http://www.fao.org/hunger/en/)

IAASTD (2009): Weltagrarbericht - Synthesebericht, Hamburg, [www.weltagrarbericht.de](http://www.weltagrarbericht.de)

Kruchem, Thomas (2012): Der große Landraub. Frankfurt am Main.

Löwenstein, Felix zu (2015): Es ist genug für alle da. München.

## Materialien für Gemeinde und Bildungsarbeit

Biesalski, Hans Konrad (2013): Der verborgene Hunger - Satt sein ist nicht genug. Heidelberg.

Brot für die Welt/Diakonie Deutschland (2015): Alle guten Gaben - Warum gesundes und nachhaltiges Essen in der Kita wichtig ist; [www.brot-fuer-die-welt.de/shop/Gemeindearbeit/Jugendarbeit/Arbeitshilfe--Alle-guten-Gaben-.html](http://www.brot-fuer-die-welt.de/shop/Gemeindearbeit/Jugendarbeit/Arbeitshilfe--Alle-guten-Gaben-.html)

Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst (2014): Satt ist nicht genug - Zukunft braucht gesunde Ernährung. Eine Einführung in die 56. bis 58 Aktion; [www.brot-fuer-die-welt.de/./einfuehrung\\_56\\_aktion.pdf](http://www.brot-fuer-die-welt.de/./einfuehrung_56_aktion.pdf)

Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst (2014): Stillen Hunger bekämpfen: Eine Investition in die Zukunft; [www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2\\_Downloads/Fachinformationen/Sonstiges/Stillen\\_Hunger\\_bekaempfen.pdf](http://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Sonstiges/Stillen_Hunger_bekaempfen.pdf)

Ploeger, Angelika/Gunther Hirschfelder/Gesa Schönberger (Hg.) (2011): Die Zukunft liegt auf dem Tisch - Analysen, Trends und Perspektiven der Ernährung von morgen. Heidelberg.

## Studie Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt

Klimawandel, Hungerkrise, Rohstoffknappheit und Naturzerstörung stehen auf der internationalen Tagesordnung. Die Notwendigkeit einer nachhaltigen Politik wird vielfach beschworen - und ungebrochen dem Wirtschaftswachstum Vorrang eingeräumt. Wir wissen immer mehr, aber hinken mit Problemlösungen immer weiter hinterher. Deshalb ist ein Kurswechsel nötig. BUND/Brot für die Welt/Evangelischer Entwicklungsdienst (Hg.) (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Frankfurt am Main.

## Materialsammlung für Multiplikatoren in der Jugendbildungsarbeit

Die Materialsammlung bietet, ausgehend von konkreten Aktionsideen, thematische Zugänge zu den Themen Konsum, Handel, Klima, Ressourcen und Ernährung. In weiteren Modulen werden methodische Zugänge über Erkundungen, Spiele und Kunst dargestellt. Außerdem beinhaltet die Mappe einen Gottesdienstentwurf, biblische Zugänge und organisatorische Tipps für die Vorbereitung von Veranstaltungen.

Mehr: [www.brot-fuer-die-welt.de/shop](http://www.brot-fuer-die-welt.de/shop)

## Aktionen und Kampagnen

Zu gut für die Tonne, Informationskampagne des BMEL, gestartet 2012: [www.zugutfuerdietonne.de](http://www.zugutfuerdietonne.de)

Meine Landwirtschaft: <http://meine-landwirtschaft.de/>

Teller statt Tonne, Slow Food-Aktion gegen Lebensmittelverschwendung: [www.slowfood.de/projekte\\_und\\_aktionen/tellerstatt\\_tonne](http://www.slowfood.de/projekte_und_aktionen/tellerstatt_tonne)

## Ausstellung

„Wie viel Land verbraucht mein Essen?“ Mithilfe des ökologischen Fußabdrucks wird die Fläche, die für die eigene Ernährung benötigt wird, sichtbar gemacht. Dazu müssen sechs Fragen beantwortet werden.

Weitere Informationen: [www.brot-fuer-die-welt.de/shop/](http://www.brot-fuer-die-welt.de/shop/)

## Online-Test Ökologischer Fußabdruck

Auf dieser Website können Sie allein oder als Teil einer Gruppe Ihren Fußabdruck abschätzen. Zudem bekommen Sie einfache Tipps, wie Sie Ihren Fußabdruck verringern können und so einen Beitrag zu Gerechtigkeit und zum Schutz der Erde leisten. Wer will kann sich am Ende auch Ziele setzen und seine Ergebnisse zur Kontrolle abspeichern.

[www.fussabdruck.de/](http://www.fussabdruck.de/)

## Website Zukunftsfähiges Wirtschaften

Ethisches Investment, Ökofaire Beschaffung, Fairer Handel - Die Website bietet Informationen, worum es beim zukunftsfähigen Wirtschaften überhaupt geht und informiert über bestehende Angebote, Zertifizierungen und Informationsquellen.

[www.zu-wi.de](http://www.zu-wi.de)

## Filme

### DVD Hunger

Die Bildungs- und Informations-DVD zum Dokumentarfilm Hunger möchte Anstöße und Anregungen geben, sich mit dem Hunger in der Welt auseinanderzusetzen.

Das DVD-Paket besteht aus zwei Teilen: Die Video-DVD enthält den vollständigen Film „Hunger“ von Marcus Vetter und Karin Steinberger. Die Daten-DVD enthält umfangreiches (medien)pädagogisches Material zu den Länder- und Themenschwerpunkten des Films. Sie können den Film hier bestellen:

[www.brot-fuer-die-welt.de/shop](http://www.brot-fuer-die-welt.de/shop)

### DVD Taste the waste

Der 90-minütige Dokumentarfilm von Valentin Thurn zeigt die Problematik der Lebensmittelverschwendung und Bezüge zur Ernährungskrise auf.

[www.brot-fuer-die-welt.de/shop](http://www.brot-fuer-die-welt.de/shop)

### DVD Hühnerwahnsinn -

#### Wie Europas Exporte Afrika schaden

Zum Bestellen: [www.brot-fuer-die-welt.de/shop](http://www.brot-fuer-die-welt.de/shop)

## Zeitschrift „Global Lernen“

Die Zeitschrift erscheint dreimal jährlich und richtet sich an Lehrerinnen und Lehrer der Sekundarstufen I und II. Jede Ausgabe behandelt ein entwicklungsbezogenes Thema und bietet verschiedene Einsatzmöglichkeiten, didaktische Hinweise und Anregungen.

[www.brot-fuer-die-welt.de/jugend-schule/brot-fuer-die-welt-im-unterricht/zeitschrift-global-lernen.html](http://www.brot-fuer-die-welt.de/jugend-schule/brot-fuer-die-welt-im-unterricht/zeitschrift-global-lernen.html)

**Brot für die Welt -  
Evangelischer  
Entwicklungsdienst**

---

Caroline-Michaelis-Straße 1  
10115 Berlin

---

Tel. +49 30 65211 0  
Fax +49 30 65211 3333  
info@brot-fuer-die-welt.de  
www.brot-fuer-die-welt.de